

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

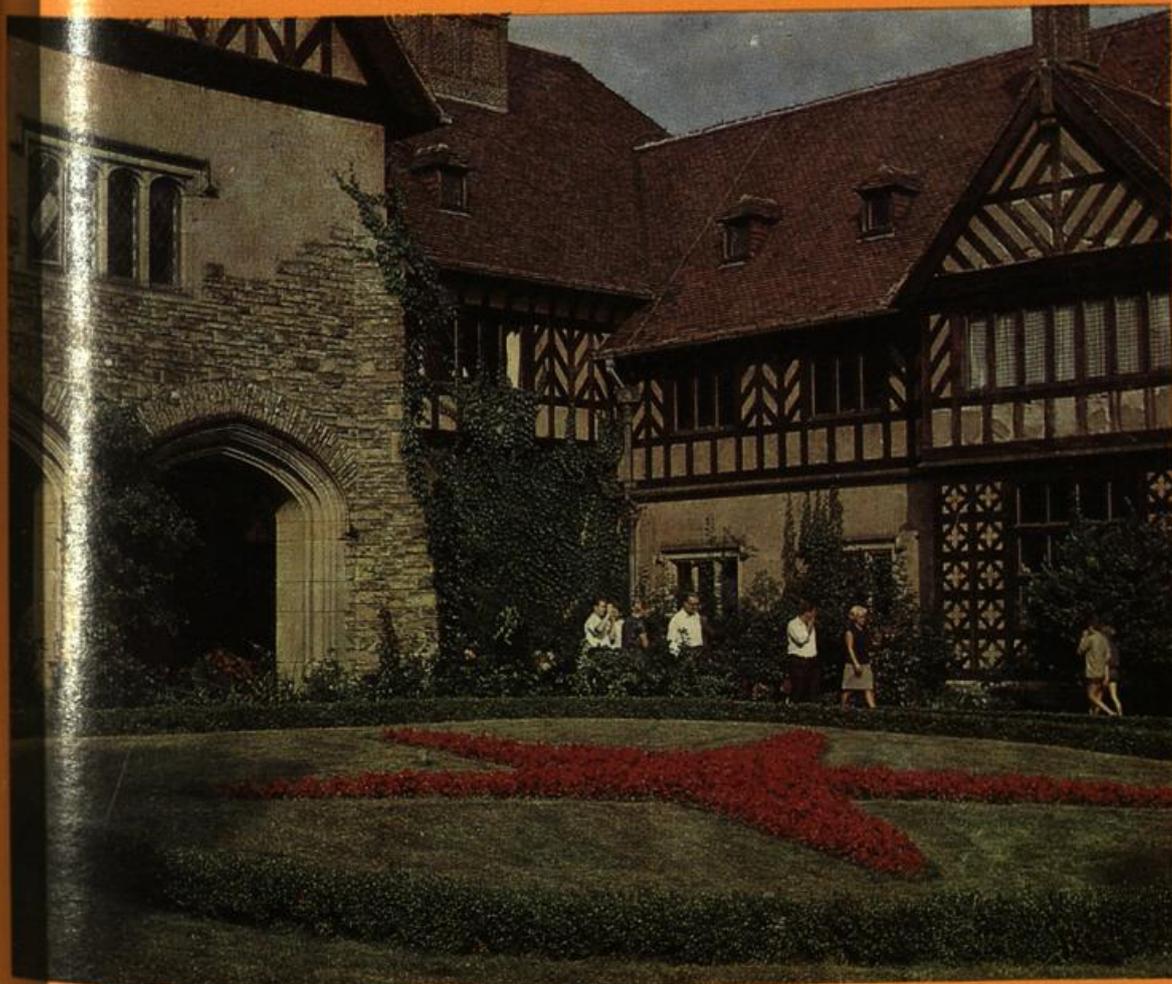
Märkische Heimat

Potsdam, 1982

Heft 4

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4878

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam 1985



Märkische
Heimat



52183

75183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 4

Potsdam 1985

„Märkische Heimat“
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 4,
Potsdam 1985

86/27/2

Märkische Heimat
Bibliographie Geschichte



Herausgeber:

Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand
Potsdam,

mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des
Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:

Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Lieselott Enders, Dorothee
Geßner, Helmut Langner, Brigitta Schönknecht

Bilder und Dokumente:

Titelfoto: Stegelin; ADN/Zentralbild, Bildarchiv des Bezirksparteiarchivs,
Staatsarchiv Potsdam, Bildarchiv ND,

Reproduktionen R. Wünsche, Zeichnungen S. Gustavs

Redaktionsschluß für Heft 4 am 15. August 1985. Manuskriptsendungen an
Redaktion „Märkische Heimat“, 1500 Potsdam, Mangerstr. 34/36

© Märkische Heimat 1985

Gestaltung: Klaus Pommerening

Druck: Druckerei „Franz Maecker“, Neuruppin,
Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam

I-14-1 P 137/85; F 29/85

00500

Inhalt

	Seite
40 Jahre Potsdamer Abkommen von Rosemarie Heise	4
Erinnerungen an die Bodenreform von Bernhard Bechler	14
Das Potsdamer Edikt von 1685 von Lieselott Enders	23
<i>Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik</i> Rüstungsproduktion und antifaschistischer Widerstandskampf in Genshagen/Ludwigfelde von Gerhard Birk	36
<i>Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte</i> Slawisch-deutsche Frühgeschichte vom 9. bis 14. Jahrhundert im Raum um Jüterbog. Ein Beitrag auf Grund neuer archäologischer Funde von Hans Dietz und Sven Gustavs	44
<i>Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde</i> Ein „Schutzbrief“ aus Blankenfelde von Jan Peters	55
Alte Bauertagebücher – wichtige neue Quelle.	61
<i>Aus dem Fachbereich Numismatik</i> Münzen und Medaillen zum Jahrestag des Sieges über den Faschismus und der Befreiung des deutschen Volkes von Bernhard Liebe	63
<i>Bibliographie</i> Bearbeitet von Dorothee Geßner	66

40 Jahre Potsdamer Abkommen

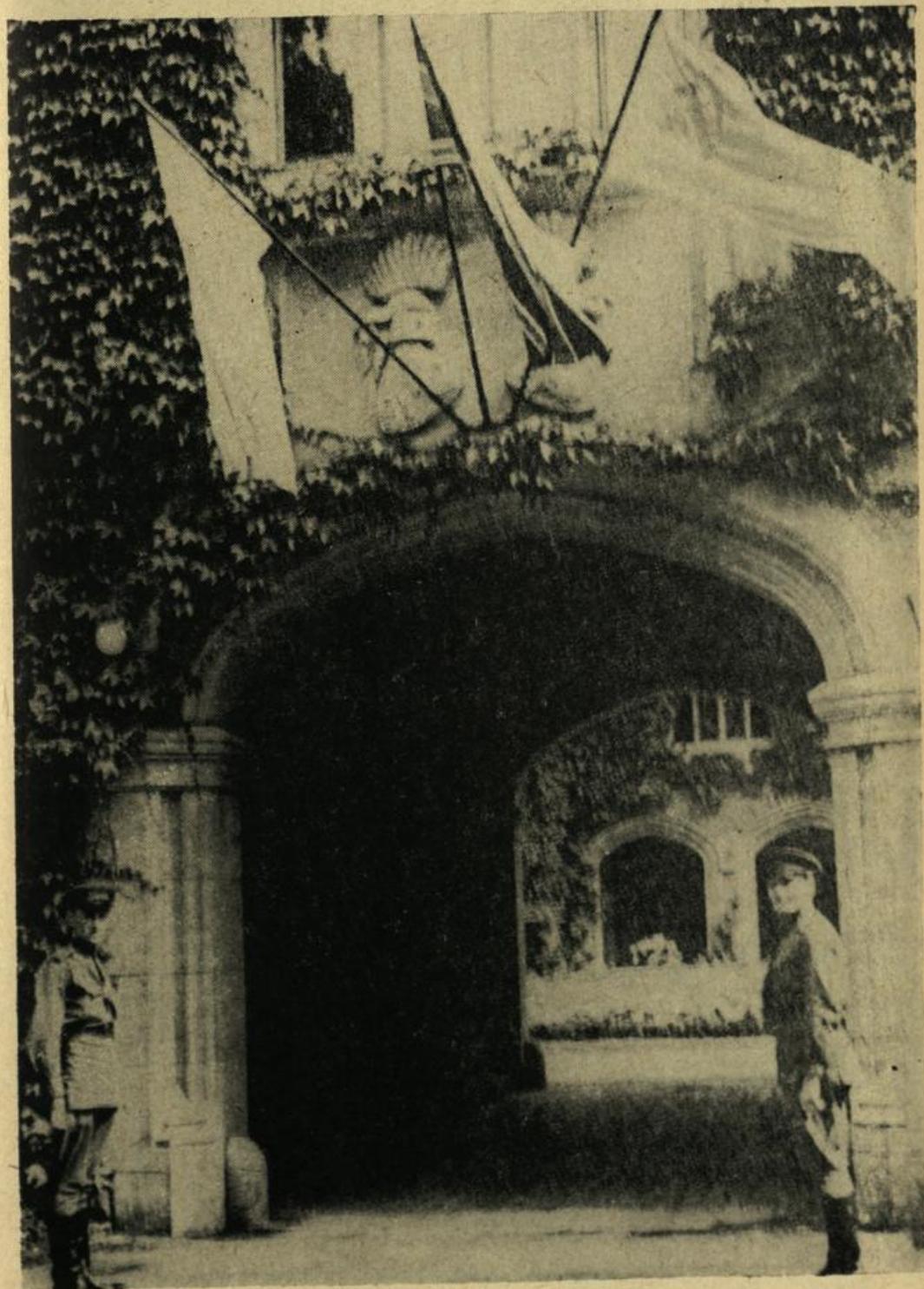
Von Rosemarie Heise

Am 2. August 1985 jährt sich zum 40. Mal der Tag, an dem die Siegermächte der Antihitlerkoalition – die UdSSR, die USA und Großbritannien – die gemeinsam gefaßten Beschlüsse von Potsdam unterzeichneten, um über das Nachkriegsschicksal Europas zu entscheiden.

Am 8. Mai 1945 unterzeichnete in Berlin-Karlshorst das Oberkommando der faschistischen deutschen Wehrmacht die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation gegenüber den Mächten der Antihitlerkoalition. Schwer und opferreich war der Kampf der Sowjetunion und ihrer Verbündeten sowie der Antifaschisten vieler Länder gegen Krieg und Faschismus, grausam die Bilanz des vom deutschen Imperialismus entfesselten zweiten Weltkrieges: über 50 Millionen Tote; die Sowjetunion allein verlor 20 Millionen ihrer Bürger. Fünf Jahre, acht Monate und neun Tage hatte der Krieg gedauert. Die Rote Armee zerschlug 507 der insgesamt 585 deutschen Divisionen und der 100 Divisionen der mit Hitlerdeutschland verbündeten Staaten. Der Sieg über den Faschismus war das Ergebnis der Schaffung und der Festigung der Antihitlerkoalition, die nicht nur in der Zusammenarbeit der drei Regierungen wirksam wurde, sondern der vor allem das gemeinsame Bemühen der Völker der überfallenen und okkupierten Länder zugrunde lag, sich von der Nazibarbarei zu befreien.

Nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus war ein erneutes Zusammentreffen der Regierungschefs Stalin, Churchill und Truman notwendig geworden, um Garantien dafür zu schaffen, daß der Weltfrieden niemals wieder bedroht werden kann. Ernsthafte Meinungsverschiedenheiten über den Ort des Zusammentreffens hatte es schon bei der Vorbereitung des ersten Gipfeltreffens gegeben, das schließlich in Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943 durchgeführt wurde. Solche Meinungsverschiedenheiten über die folgenden Konferenzorte Jalta (4.–11. Februar 1945) und Potsdam (17. Juli–2. August 1945) konnten schneller ausgeräumt werden, da die Ereignisse an der sowjetisch-deutschen Front eine neue Lage in Europa geschaffen hatten. Die amerikanischen und britischen Verbündeten waren nun selbst um so brennender an diesen Konferenzen interessiert, je unaufhaltsamer die sowjetischen Streitkräfte den europäischen Völkern die Freiheit und Unabhängigkeit brachten und die Autorität der UdSSR als führende Kraft der Antihitlerkoalition in der Welt an Bedeutung immer mehr zunahm. Am 27. Mai 1945 schrieb Stalin an Churchill: „Herr Hopkins, der in Mos-

kau eingetroffen ist, hat im Namen des Präsidenten ein Dreiertreffen für die nächste Zeit vorgeschlagen. Ich halte dieses Treffen für notwendig und glaube, daß es am bequemsten in der Umgebung von Berlin durchzuführen



Haupteinfahrt des Schlosses Cecilienhof (historische Aufnahme)



Militärposten der drei alliierten Siegermächte auf der Chaussee von Berlin nach Potsdam in der Nähe von Wannsee (heute Westberlin)

sein würde. Das wäre richtig und politisch gut.“¹⁾ Truman schlug als Termin den 15. Juli, Churchill den 1., 2. oder 3. Juli vor. Die Positionen des britischen Imperialismus waren bereits stark erschüttert, das Empire drohte aus den Fugen zu brechen.

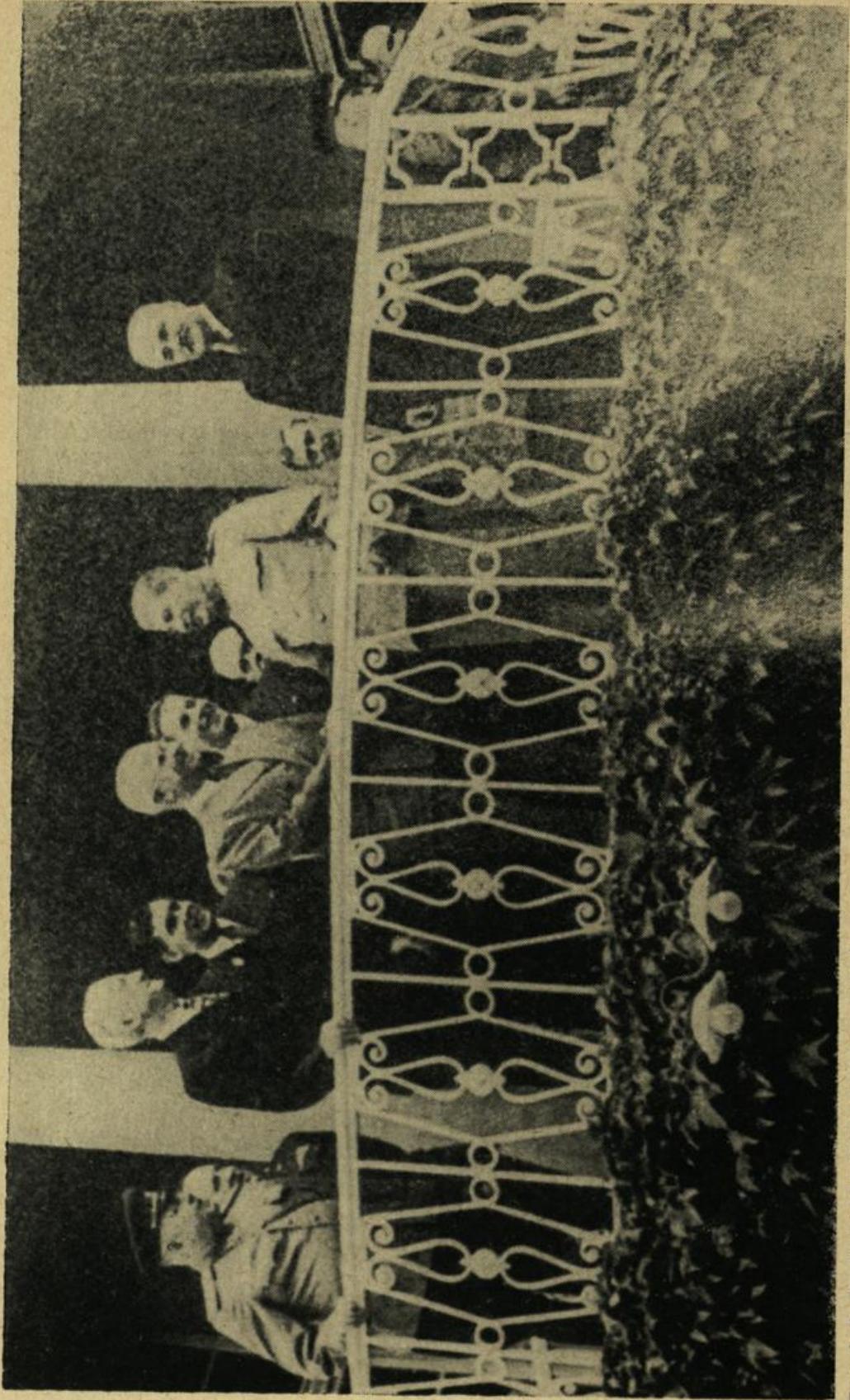
Churchills politische Ziele waren in Bezug auf Polen ebenso gescheitert wie seine Balkanstrategie. Über die Maitage 1945 berichtete Churchill: „So war ich auf dem Höhepunkt eines anscheinend grenzenlosen Erfolgs ein sehr unglücklicher Mann. Ich bewegte mich inmitten jubelnder Mengen oder saß an einem mit den Glück- und Segenswünschen aller Vereinigten Nationen überhäufteten Tisch mit wehem Herzen und einem von düsteren Vorahnungen geplagten Geist.“²⁾ In Großbritannien lief die Wahlkampagne inzwischen auf Hochtouren. Am 14. Juni sandte Churchill an Stalin die Mitteilung, daß die „am 15. Juli in Berlin beginnende Konferenz wahrscheinlich andauert, bis die britischen Wahlergebnisse bekannt werden“, und er es für richtig halte, „Herrn Attlee, den offiziellen Oppositionsführer, mitzubringen, um die völlige Kontinuität der britischen Politik zu gewährleisten“³⁾. Tatsächlich nimmt Attlee am 28. Juli 1945 am runden Verhandlungstisch in Potsdam als neuer britischer Premierminister Platz.

Während eines weiteren Meinungsaustausches zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien wurden grundlegende organisatorische Fragen über die Durchführung des Gipfeltreffens geklärt. Stalin telegraphierte am 18. Juni 1945 an Churchill: „Alle drei Delegationen werden in Babelsberg, südöstlich von Potsdam, untergebracht.“

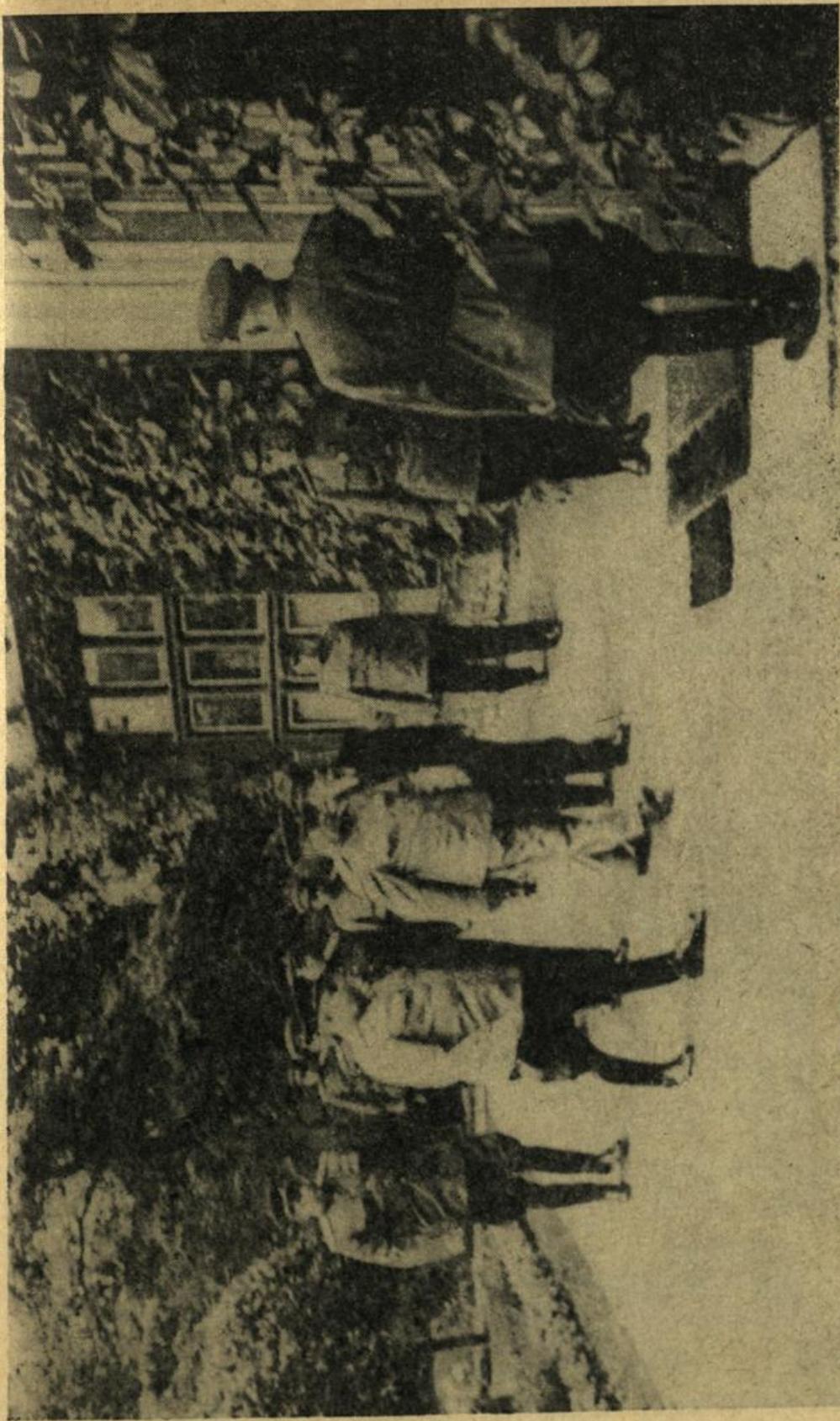
Als vierte Räumlichkeit ist für die gemeinsamen Sitzungen das Palais des deutschen Kronprinzen in Potsdam vorgesehne“.⁴⁾ Den Vorschlag für den Konferenzort hatte Marschall Šukov nach eingehender Prüfung Stalin unterbreitet; London und Washington gaben ihre Zustimmung.

In fieberhafter Eile begannen in Potsdam umfangreiche Instandsetzungsarbeiten: 6 km Asphaltstraßen wurden neu gebaut, 15 km beschädigte Straßen instand gesetzt, eine Pontonbrücke wurde über die Havel geschlagen, Blumen, Büsche und Bäume wurden gepflanzt. 36 Räume und die große Empfangshalle – die spätere Konferenzhalle – im Schloß Cecilienhof renoviert. Im Innenraum des Schlosses wurde ein roter Stern aus Geranien angelegt, der jedes Jahr traditionsgemäß neu bepflanzt wird. Am 10. Juli 1945 waren sämtliche Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen. Kurz darauf trafen die Delegationen ein. Am 16. Juli kam Stalin auf dem Potsdamer Bahnhof an. Einen Tag zuvor waren Truman und Churchill in Berlin-Gatow gelandet.

Am 17. Juli 1945 um 17.00 Uhr begann die Konferenz; sie endete am 2. August 1945 um 0.30 Uhr nach oftmals harten Auseinandersetzungen. Das von den drei Großmächten unterzeichnete Abkommen gehört zu den



Besuch J. W. Stalins bei Präsident Harry S. Truman im „Kleinen Weißen Haus“



Die sowjetische Delegation mit J. W. Stalin und Außenminister Molotow betritt den Konferenzort durch den Weißen Salon des Schlosses



J. W. Stalin, Harry S. Truman und Winston S. Churchill in der ersten Konferenzphase

der ersten Konferenzphase



Clement R. Attlee, Harry S. Truman und Josef W. Stalin in der zweiten Konferenzphase, dahinter stehend (von links) Admiral Leahy, die Außenminister Bevin, Byrnes und Molotow.

Hochochulik
Bibliothek
Geschichte

bedeutungsvollsten internationalen Vereinbarungen. Die Beschlüsse waren auf die vollständige Beseitigung des deutschen Faschismus und Militarismus mit all ihren Wurzeln und auf die Schaffung eines dauerhaften und gerechten Friedens gerichtet. Diesem Anliegen diente insbesondere die von den Siegermächten übernommene Verpflichtung, das Leben des deutschen Volkes auf der Grundlage einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung neu zu gestalten.



Plenarsitzung der Potsdamer Konferenz (zweite Phase)

Churchill hatte die Potsdamer Konferenz bezeichnenderweise mit dem Decknamen „Terminal“ (Endstation) versehen. Er trat damals schon dafür ein, von den vereinbarten Beschlüssen und der Zusammenarbeit mit der UdSSR abzugehen, während sich die USA noch nicht offen dazu bekannten. Noch stand ein schwerer Kampf mit Japan bevor, und die UdSSR hatte zugesagt, drei Monate nach Kriegsende auf dem europäischen Kontinent in die Kampfhandlungen gegen die japanische Guandongarmee einzutreten, um den Krieg auch im Fernen Osten schneller zu beenden. Truman hatte in Potsdam sozusagen schon die abwurfbereiten Atombomben im Gepäck; am 24. Juli 1945 gab er von Potsdam-Babelsberg aus die Anordnung, unmittelbar nach Beendigung der Konferenz auf zwei japanische Städte diese Bomben abzuwerfen.

Eine Phase des kalten Krieges und der Konfrontation gegen die UdSSR und die sich herausbildenden Volksdemokratien begann. Dennoch gelang

es der Sowjetunion gemeinsam mit ihren Bruderländern in unermüdlichem und hartem Ringen, den Völkern Europas 40 Jahre lang den Frieden zu erhalten. Immer mehr Menschen haben sich dem Kampf um den Frieden angeschlossen. Das Potsdamer Abkommen und die anderen Beschlüsse der Antihitlerkoalition haben gezeigt, daß Staaten mit unterschiedlichen sozialen und politischen Ordnungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Interesse der Sicherheit und der Erhaltung des Friedens miteinander existieren können und müssen.

Daran ständig zu erinnern, ist eine der gegenwartsbezogenen Aufgaben der Historischen Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens, Cecilienhof, die seit dem 10. Januar 1952 besteht und inzwischen von fast 8,5 Millionen Gästen aus 140 Staaten aus aller Welt besucht wurde. Unter den jährlich etwa 400 000 Gästen der Gedenkstätte befinden sich viele Jugendliche. Zahlreiche Persönlichkeiten aus dem gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, darunter so bedeutende Repräsentanten des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates wie Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, ausländische Staatsoberhäupter, Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler, Künstler und viele andere Gäste haben mit ihrem Besuch der Gedenkstätte den aktuellen Kampf um den Frieden gewürdigt.

Täglich werden in der Gedenkstätte Cecilienhof vielseitige sachliche Gespräche und Diskussionen zu den aktuellen Lehren des Potsdamer Abkommens geführt. Das stellt an die Mitarbeiter hohe Anforderungen, denn immer wieder gilt es, sich mit der einen oder anderen Auffassung auseinanderzusetzen und Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Gedenkstätte des Potsdamer Abkommens ist heute eine wichtige Institution der Friedenssicherung, der Vermittlung der historischen Wahrheit und der internationalen Verständigung.

- 1 Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945
- Berlin: Rütten & Loening, 1961. - S. 443
 - 2 Churchill, W. S.: Der zweite Weltkrieg; Bd. 6. - Stuttgart und Hamburg, 1952 -
S. 134.
 - 3 Briefwechsel. - A. a. O. - S. 447.
 - 4 Ebenda. - S. 452.
- Der Artikel erschien in „Archivmitteilungen“ 4/1985, S. 114

Erinnerungen an die Bodenreform

Von Bernhard Bechler

In meiner Eigenschaft als damaliger Vorsitzender der Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform in der Provinz Brandenburg¹⁾ freue ich mich, den Lesern der „Märkischen Heimat“ einige Gedanken darlegen zu können, die die praktische Seite der Durchführung der Bodenreform behandeln. Ich möchte damit aus Anlaß des 40. Jahrestages der Verkündung der Bodenreform Erinnerungen wachrufen, zum anderen aber auch einen kleinen Beitrag zur Sammlung und Auswertung von Erfahrungen für die Geschichtsschreibung über die Durchführung der Bodenreform leisten.

Am 6. September 1945 erließ die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg die Verordnung über die Bodenreform. Es fällt auf, daß diese Verordnung nicht die Unterschrift aller Mitglieder der Provinzialverwaltung trägt.

Zum ersten Mal schieden sich bei diesem wichtigen politischen Schritt die Geister. Einer der bürgerlichen Vizepräsidenten verweigerte die Unterschrift und schied anschließend aus der Provinzialregierung aus. Hauptargument des Vizepräsidenten Remak war der Auffassung, daß die Enteignung des Grund und Bodens nicht entschädigungslos erfolgen dürfe. Vielleicht war dies auch nur ein Vorwand. Interessant ist das Verhalten des uns allen bekannten Herrn Schleusener von der CDU, der als Vizepräsident ebenfalls Mitglied der Provinzialverwaltung war. Er gehörte damals zu der reaktionären Gruppe dieser Partei und gab nur deshalb die Unterschrift zur Verordnung über die Bodenreform, weil diese Gruppe noch immer glaubte, von innen heraus die Macht wieder an sich reißen zu können. Später setzten sich die fortschrittlichen Kräfte im Rahmen des Differenzierungsprozesses in der Partei und durch die sich bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entwickelnden Tatsachen immer mehr durch und unterstützten ehrlich und tatkräftig die Durchführung der Bodenreformverordnung.

So zeigte sich in der oberen Ebene ebenso wie – noch stärker – in den einzelnen Gemeinden, daß die Durchführung der Bodenreform harter Klassenkampf war.

In den Gemeinden, Kreisen und Verwaltungsbezirken wurden entsprechende Kommissionen zur Durchführung der Bodenreform gebildet. Dazu kam die Schaffung der Provinzialkommission, die unter Leitung des 1. Vizepräsidenten stand. Ihr gehörten ferner an die Vizepräsidenten Rau und Schleusener, der Oberlandrat in Bernau Neddermeyer, der Landrat in Cottbus Saisowa, der Vorsitzende des FDGB Mörnicke und Bauer Sommer, Kreis Westhavelland.



Bernhard Bechler (Aufnahme 1946)

Die Durchführung der Bodenreform war in erster Linie eine wichtige *politische* Maßnahme, die ihren Niederschlag auch in der Zusammensetzung der Provinzialkommission fand. Das kam u. a. darin zum Ausdruck, daß der 1. Vizepräsident, der ja praktisch die Funktion des Innenministers ausübte – und nicht der Vizepräsident für die wirtschaftlichen Fragen, damals der Genosse Heinrich Rau – den Vorsitz der Kommission erhielt und dadurch für die Durchführung der Bodenreform im Land Brandenburg der Partei und Regierung gegenüber voll verantwortlich war.

Sie war weiterhin eine *wirtschaftliche* Maßnahme, indem sie der damaligen Lage entsprechend – es gab keine Maschinen, keine Technik auf dem Land – eine intensivere Bearbeitung des Bodens ermöglichte.

Und schließlich war sie eine *soziale* Maßnahme, die Tausende von Umsiedlern wieder Grund und Boden und damit eine neue Heimat gab; ganz im Gegenteil zu Westdeutschland, wo zwar Entschädigungen gezahlt, aber die Umsiedler aus politischen Gründen nicht sesshaft gemacht wurden.

Bereits am 23. September 1945 wurden die ersten Bodenerkundern feierlich überreicht:

Auf der Wiese des alten Gutsparkes von Plänitz im Kreis Ruppín – heute zum Kreis Kyritz gehörend – fand der feierliche Auftakt für die Verteilung des Junkerlandes statt.

60 Bewerbern – 22 landarmen Bauern und Landarbeitern, acht Handwerker, drei neuen Siedlern, 13 Umsiedlern aus Pläntz und 14 landarmen Bauern und Landarbeitern aus Neustadt an der Dosse – wurden die Besitzerurkunden überreicht. Die erste Urkunde- und zwar über acht Hektar Ackerland und einen Hektar Wiese, konnte der Siedler Ernst Paris, Vater von 11 Kindern, in Empfang nehmen. Dem historischen Akt war eine angestrenzte Tätigkeit der Gemeindekommission zur Durchführung der Bodenreform vorangegangen, die den Besitz des Herrn von Rathenow aufgeteilt und die einzelnen Parzellen an die Bewerber verlost hatte. Ich selbst nahm als Vorsitzender der Provinzialkommission ebenfalls daran teil, überbrachte den Alt- und Neubauern die Grüße der Landesregierung und beglückwünschte sie zum Erhalt des Bodens. Gleichzeitig benutzte ich die Gelegenheit, um damals auftretenden Gerüchten entgegenzutreten, daß nach der Aufteilung des Großgrundbesitzes über 100 ha die Großbauern enteignet würden, die über mehr als 50 ha Land verfügten. Pfarrer Müller, der mit den Trecks aus den Gebieten jenseits der Oder nach Pläntz gekommen war, versprach, daß die Neusiedler sich gegenseitig helfen werden, mit dem ihnen überantworteten Boden eine neue Lebenszelle für das deutsche Volk zu schaffen.

Auch der Kreissekretär der KPD Schebeck und ein Offizier der SMA ergriffen das Wort.

In dem Zusammenhang ist es notwendig, einige Bemerkungen zur Rolle der damaligen sowjetischen Besatzungsmacht zu machen.

Die wichtigsten ersten Maßnahmen zur Schaffung einer neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung sind durch die sowjetische Militäradministration bzw. durch die örtlichen Kommandanturen in Form von Befehlen durchgeführt worden. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß nicht wenige Menschen unserer Bevölkerung damals glaubten, die demokratische Umgestaltung in der damaligen Ostzone sei nicht auf den Willen der Bevölkerung, sondern ausschließlich auf die Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen, unsere sozialistische Revolution sei letzten Endes auf den Bajonetten der Sowjetarmee importiert und errichtet worden. Diese falsche Meinung wurde – und wird auch heute noch – von unseren Gegnern vertreten und propagandiert.

Wir können mit Genugtuung feststellen, daß der Inhalt der von der damaligen sowjetischen Besatzungsmacht gegebenen Befehle und Anordnungen in jedem Falle ausschließlich der Erfüllung des Potsdamer Abkommens diene und mit unserer Zielstellung, mit der Zielstellung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, mit der Zielstellung der Kommunistischen Partei Deutschlands bzw. später der SED vollkommen übereinstimmte. Es gab keine Befehle und keine anderen Dokumente, die nicht

V e r o r d n u n g
über die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg

Entsprechend den Forderungen der werktätigen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung und Liquidierung des feudalen und junkerlichen Grundbesitzes sowie zum Zwecke der Landzuteilung an landlose und landarme Bauern und Landarbeiter, darunter auch an diejenigen deutschen Bauern, die aus anderen Staaten umsiedelten, beschließt die Verwaltung der Provinz Mark Brandenburg folgende Verordnung:

Artikel 1

- 1.) Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudalen junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Feudalgesellschaft war und ein Hindernis für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Lebens im allgemeinen darstellt.

Provinzialverwaltung.

Artikel 2

- 1.) Wirtschaften, die durch die Bodenreform Land zugeteilt erhalten, haben für den Boden eine Summe zu entrichten, die dem Werte einer Jahresernte entspricht, d.h. auf den ha 1.000 bis 1.500 kg Roggen, je nach der Bodenbeschaffenheit und gemäß den Ablieferungspreisen vom Herbst 1945.
- Der Preis für zugeteilte Waldstücke wird entsprechend den örtlichen Nutzungsbedingungen von der Preiskommission zur Durchführung der Bodenreform festgesetzt und soll je ha nicht weniger als die Hälfte des Preises für den übrigen zugeteilten Boden betragen. Die Ausführungsbestimmungen hierzu erläßt die Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg.
- Die Bezahlung in Geld oder natura geschieht folgendermaßen:
- Der erste Beitrag in Form einer Summe von 10% des Gesamtpreises ist bis Ende 1945 zu entrichten, die übrige Summe wird in gleichmäßigen Geld- oder Naturalbeiträgen entrichtet, für die landarmen Bauern im Laufe von 10 Jahren, für Umsiedler und landlose Bauern im Laufe von 20 Jahren.
- Den bisherigen landlosen Bauern, Kleinpächtern, Landarbeitern und Umsiedlern kann von der Preiskommission für die Bodenreform eine Stundung des ersten Beitrages bis zu 3 Jahren gewährt werden.
- 2.) Das Ziel der Bodenreform ist:
- a) das Anheben der landwirtschaftlichen Produktion;
 - b) die Schaffung neuer Arbeitsplätze;
 - c) die Umwandlung der Landwirtschaft in eine moderne Wirtschaft;
 - d) die Erhaltung der ländlichen Bevölkerung;
 - e) die Erhaltung der ländlichen Kultur.

Artikel 3

- 1.) Die auf Grund dieser Verordnung geschaffenen Wirtschaften dürfen weder geteilt noch ganz oder teilweise verkauft, verpachtet oder verpfändet werden. In Ausnahmefällen kann die Aufteilung oder Verpachtung der Wirtschaften nur auf Beschluß der Provinzialverwaltung geschehen.
- 2.) Die Wirtschaften erhalten den Besitz schuldenfrei. Die Abgabepflichtung für das Jahr 1945 wird von den Personen geleistet, die von dem betreffenden Boden die Ernte einbringen.

Artikel 4

- 1.) Technische Fragen, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Bodenreform stehen, und die juristische Gestaltung der notwendigen Dokumente werden in den Ausführungsbestimmungen geregelt.
- 2.) Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Potsdam, den 6. September 1945

Die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg

Der Präsident:

J. Steinhoff
(Dr. Steinhoff)

Der Erste Vizepräsident:

Bechler
(Bechler)

Die Vizepräsidenten:

Rau
(Rau)

Rücker
(Rücker)

Schleusener
(Schleusener)

vorher mit antifaschistischen Persönlichkeiten, besonders mit den Vertretern der Arbeiterklasse, mit den Vertretern der zugelassenen Parteien abgestimmt waren. Jawohl, wir erklären ganz offen, das waren auch „unsere Befehle“. Als Beweis dafür sei auf den Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 verwiesen, in dem gefordert wird:

Übernahme aller entscheidenden Funktionen in den Verwaltungsorganen und in der Wirtschaft durch Antifaschisten und Demokraten, entschädigungslose Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer und Aufteilung ihres Landes, Bestrafung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und Übernahme der Konzerne, Banken und Großbetriebe in die Hände des Volkes, Herstellung demokratischer Rechte und Freiheiten für das Volk und Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Kultur.

Diese Aufgabenstellung entsprach nicht nur den Interessen der Arbeiterklasse, sondern denen aller Klassen und Schichten des deutschen Volkes, mit Ausnahme der verbrecherischen Clique von Monopolisten, Militaristen und Junkern.

Die Forderungen des Aufrufs der Kommunistischen Partei Deutschlands entsprachen vollkommen den Forderungen des Potsdamer Abkommens und ließen keinerlei Widersprüche oder Gegensätze zu den zu erfüllenden Aufgaben durch die sowjetische Militärverwaltung zu. Diesen Forderungen entsprachen auch alle gegebenen Befehle der Sowjetarmee, die sich – ganz im Gegensatz zu der Lage und dem Verhalten der Besatzungsmächte in Westdeutschland – auf die wichtigsten Fragen beschränkten, während die Lösung grundsätzlicher Fragen der demokratischen Entwicklung ausschließlich durch die deutschen Organe beschlossen und durchgeführt wurde. Alle Entscheidungen über die grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen betrachtete die sowjetische Militärverwaltung als ureigenste Sache des deutschen Volkes und handelte auch danach.

Als Beispiel möchte ich gerade die Verordnung über die Durchführung der Bodenreform erwähnen, die vollkommen von den Verwaltungsorganen der damaligen Ostzone beschlossen und durchgeführt wurde. Dabei zeigte sich bereits, wie die führende Kraft der damaligen demokratischen Kräfte, die Arbeiterklasse und ihre Partei, ihre Führungsrolle dadurch verwirklichte, daß sie den damaligen Landes- bzw. Provinzialverwaltungen Entwürfe wichtiger Verordnungen – wie z. B. der Verordnung über die Bodenreform – mit dem Vorschlag zuleitete, sie durch die entsprechenden Organe annehmen zu lassen.

So wurde in dieser Form die Verordnung über die Bodenreform durch die Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen beschlossen, die dann als Beispiel

für alle Provinzial- und Landesverwaltungen galt und dort in gleicher Weise beschlossen wurde.

Diesem Beschluß ging eine dreitägige Diskussion unter Leitung des Genossen Walter Ulbricht bei der Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen voraus.

In der Provinz Brandenburg wurde in dem gleichen Maße gehandelt wie in der Provinz Sachsen. Genosse Walter Ulbricht sagte dazu auf einer Bauerversammlung in Schlaitz am 3. Juli 1960:

„Aber wir haben das nicht in der Weise gemacht, daß wir oben in den Verwaltungen ausrechneten, wie das Land verteilt werden soll, sondern haben den Arbeitern und Bauern gesagt: Ihr habt selbst die Schule besucht, ihr wißt selbst, wie der Boden am besten verteilt werden kann. Wir müssen gemeinsam ein Gesetz über die Bodenreform ausarbeiten, aber die Aufteilung des Bodens führt ihr selbst durch!“

Ich möchte in diesem Zusammenhang unterstreichen, daß wir in dieser Frage sehr oft im Widerspruch zu den Vertretern der bürgerlich-demokratischen Parteien – besonders der CDU – standen, die gerade umgekehrt den Erlaß von Verordnungen von oben forderten, ohne die Entwicklungen unten zu berücksichtigen bzw. abzuwarten.

Nun noch einige Einzelheiten, die mir wichtig erscheinen. Es ist notwendig, bei der Beurteilung der Durchführung der Bodenreform nicht den heutigen Maßstab anzulegen. Wir müssen verstehen, daß damals die heutige politische Reife auf dem Dorf natürlich noch nicht erreicht war, daß die Durchführung der Bodenreform einen harten Klassenkampf bedeutete, der nicht ohne Schwierigkeiten vor sich ging. Dabei wurde nicht unmittelbar sichtbare Sabotage getrieben. Ein Teil der Großgrundbesitzer war bereits geflüchtet. Die Reaktion hatte keine echte Basis mehr, weil ja vorher bereits der alte Staatsapparat zerschlagen war. Dennoch gab es Überspitzungen, Widerstand und auch Sabotageversuche, besonders durch die ehemaligen Inspektoren der Großgrundbesitzer, die als Fachleute zum Teil keine untergeordnete Rolle in den Bodenkommissionen spielten. Im ganzen entwickelte sich jedoch in den Dörfern eine große Initiative, so daß lediglich eine bestimmte Anleitung durch die demokratischen Verwaltungsorgane erforderlich war. Bei Kontrollen unsererseits kam es deshalb vorwiegend darauf an, Überspitzungen abzustellen wie z. B. die Aufteilung von Kirchengütern, den Abriß von Kirchen (z. B. in Felgentreu, Kreis Luckenwalde) oder den Versuch, Restgüter für sogenannte „fortschrittliche“ Gutsbesitzer zu belassen, die Abholzung des übergebenen Waldes zu verhindern usw.

Eine große Arbeit wurde bei der Eintragung in die Grundbücher zur rechtlichen Sicherung der Bodenreform geleistet.

Durchführung der Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg

Die Bodenverteilung hat begonnen!

Den landarmen Bauern, Landarbeitern und Flüchtlingen von Plänitz, Brünn und Neustadt (Kreis Ruppin) wurde auf Grund des Gesetzes über die Bodenreform Land zugeteilt.

Am 23. 9. 1945 begann die Gemeindegemeinschaft von Plänitz und Brünn mit der Aufteilung des Bodens der Großgrundbesitzer, die laut Verordnung zur Durchführung der Bodenreform der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg vom 6. 9. 1945 enteignet wurden.

Wie die Gemeindegemeinschaft arbeitete

Die Gemeindegemeinschaft wurde am 14. 9. auf der Bauernversammlung des Dorfes gewählt. Sie überprüfte 52 Anträge und befürwortete die Landzuteilung an 46 Familien. In erster Linie bekamen die landarmen Bauern Boden, so z. B. der Bauer Paul Hermann 6 ha und der Bauer Anton Zwich 5 ha. Den Landarbeitern wurde ebenfalls Land zugeteilt, davon dem Gutsarbeiter Ernst Paris, Vater von elf Kindern, 8 ha, sowie einigen nichtortsansässigen Landarbeitern. Die Kommission lehnte sechs Anträge auf Bodenverteilung ab, davon den Antrag von Pappie, eines aktiven Mitglieds der NSDAP, und die Anträge der enteigneten Grundbesitzerinnen von Rathenow.

Wie die Kreisgemeinschaft von Neuruppin arbeitete

Die Kreisgemeinschaft fuhr nach Plänitz, unterstützte die Gemeindegemeinschaft bei der technischen Durchführung und genehmigte die Liste der Landanwärter, die von der Gemeindegemeinschaft vorgelegt wurde.

Die Kreisgemeinschaft überprüfte an Ort und Stelle die Anträge der Landanwärter und stand der Gemeindegemeinschaft beratend zur Seite.

Wie die Versammlung zur tatsächlichen Aufteilung des Bodens verlief

Am Sonntag, den 23. 9. wurde in Gut Rathenow eine feierliche Versammlung abgehalten. Musik erklang in dem festlich geschmückten Park. Unter den Anwesenden befanden sich Vertreter der Kreisleitung der KPD und SPD, der Vorsitzende der Provinzialgemeinschaft, Herr erster Vizepräsident Bechler, Herr Landrat Jerks und verschiedene Pressevertreter. Die Bevölkerung gab ihr lebhaftes Interesse dadurch Ausdruck, daß sie sehr zahlreich erschienen war. Über 300 Personen waren anwesend.

Herr Landrat Jerks handigte den Neusiedlern künstlerisch ausgestattete Urkunden aus, die ihnen das zugeteilte Eigentum bestätigten.

Wie die Aufteilung des Bodens vor sich ging

Die Aufteilung fand in 2 Abschnitten statt. Zuerst wurden die Schläge verlost, dann wurde die unmittelbare Aufteilung vorgenommen.

Ein Plan des aufzuteilenden Gutes Rathenow wurde ausgehängt. Die ganze Fläche des Gutes war auf dem Plan in nummerierte Grundstücke zu durchschnittlich 5 ha Fläche eingeteilt. Zwei kleine Mädchen zogen die Lose. Erst wurde der Boden für landarme Bauern zu 3 oder 4 ha verlost, dann kamen die Siedlerstellen von 5 ha zur Verlosung. Damit wurde erreicht, daß Streitigkeiten oder Klagen über Ungerechtigkeiten bei der Bodenverteilung unmöglich gemacht wurden. Jeder Besitzer konnte auf dem Plan sein Grundstück sofort finden.

Nach der Verlosung begaben sich alle Anwesenden aufs Feld, wo die Landmesser die Parzellen aufteilen begannen.

Nachdem die Aufteilung vollzogen war, sprach der Pfarrer von Wusterhausen, Herr Müller. Er sagte u. a.: „Ich bin einer von denen, die wissen, was es für den Landmann heißt landlos zu sein. Ich treue mich mit Euch über Euren neuen Besitz, daß Ihr jetzt eine neue Heimat gewonnen habt. Uns stehen große Schwierigkeiten bevor, die wir überwinden müssen. Darin müssen wir einander helfen. Einheit gibt uns Kraft und Mut, es steht uns harte Arbeit bevor. Wir werden sie schalten und gemeinsam ein neues demokratisches Deutschland aufbauen.“

An demselben Tage fand die Bodenverteilung und eine feierliche Versammlung in der Gemeinde Brünn statt. 38 Landarbeiter, landarme Bauern und Umsiedler bekamen hier das Land zugeteilt.

So geht die Bodenreform in Erfüllung.

Die Provinzialgemeinschaft zur Durchführung der Bodenreform Provinz Mark Brandenburg

G 2005

Herausgeber: Provinzialverwaltung Mark Brandenburg

Reg. Nr. 4

Flugblatt: Durchführung der Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg. Die Bodenverteilung hat begonnen!

Eine weitere Maßnahme zur Sicherung der Bodenreform war die Durchführung des Befehls der SMA Nr. 209 – Bodenreformbauprogramm –, der im September 1947 erlassen wurde und ebenfalls als ein Bestandteil der Durchführung und Sicherung der Bodenreform betrachtet werden muß. Das war eine besonders schwierige Aufgabe, für die ebenfalls der Innenminister verantwortlich gemacht wurde. Ich sage ganz offen: Die Erfüllung dieser Aufgabe machte uns allen große Sorgen.

Allein im Land Brandenburg mußten in der 1. Etappe 10.000 Neubauernhöfe geschaffen werden (von 37.000 insgesamt in der damaligen Ostzone), für die jedoch nur etwa ein Drittel an Material planmäßig zur Verfügung gestellt werden konnte. Alles mußte in eigener Initiative beschafft werden (Abriß von Ruinen für die Gewinnung von Ziegelsteinen, Errichtung von Lehmbauten usw.).

Bei der Durcharbeitung der damaligen Presseveröffentlichungen – vor allem in der „Märkischen Volksstimme“ – fällt als besonders interessant die Arbeitsmethode der damaligen Oberbauleitung Brandenburg auf, die vieles mit heutigen Arbeitsmethoden gemeinsam hatte: Schaffung von sogenannten Musterdörfern, wie Wernitz (Kreis Nauen), Krüge (Kreis Oberbarnim), Mittenwalde (Kreis Templin) u. a.: Abhaltung der Sitzungen der Oberbauleitung unter Vorsitz des Innenministers als öffentliche Sitzung in den wichtigen Schwerpunktgemeinden unter Hinzuziehung der Neusiedler; Ausschreibung eines Wettbewerbs der Oberbauleitung mit Prämien von 300 bis 400 Mark; Übernahme von Patenschaften, Tage der sogenannten Bereitschaft usw.

Ich möchte schließen mit den Gedanken, die ich damals im Rahmen einer Diskussion des bekannten Schriftstellers Bernhard Kellermann unter der Überschrift „Was sollen wir tun“ in der damaligen „Täglichen Rundschau“ zum Ausdruck gebracht habe:

„Die Notwendigkeit, den Militarismus in seinen Wurzeln auszurotten, richtet unser aller Blick heute auf das Land. Die Bodenreform ist das erste große, sichtbare Zeichen eines neuen Weges. Was heute auf dem Lande geschieht, ist nichts weiter als der erste Schritt zu unserer neuen kämpferischen Volksdemokratie.“

Man muß die ersten Aufteilungen von Rittergütern selbst miterlebt haben, um aus diesen Erlebnissen schöpfend, frohen Herzens in die Zukunft blicken zu können, man muß gesehen haben, mit welcher Initiative ans Werk gegangen wird. Ist es ein Zufall, daß kaum drei Wochen nach Verkündung der Bodenreform die praktische Aufteilung des Landes, z. B. in der Provinz Mark Brandenburg, bereits im vollen Gange ist?

Ist es ein Zufall, daß bei den Kundgebungen für die Aufteilung des Bodens der Landarbeiter neben dem Bauern, die Vertreter der politischen Parteien



MARK
BRANDEN
BURG

„DER GRUNDSTÜCKE SOLL SICH IN UNSERER
DEUTSCHEN HEIMAT ALS FESTE, GESUNDE
UND DURCHTUNDE BAUERNWIRTSCHAFTEN
„GÜTEN, DIE PRIVATE GENTUM IN DES
GLEICHZEITIG SIND.“

URKUNDE

Auf Grund der Verordnung der Provinzialverwaltung
Brandenburg über die Bodenreform vom 6. Sept. 1945 wird
dem Bauern Johann Nack

wohnhaft in der Gemeinde Plänitz Kreis Ruppini

ein Grundstück

im Umfang von 7 ha, einschließlich Wald

rechtskräftig

zum persönlichen, vererbaren Eigentum übertragen

Das dem Bauern Johann Nack

übergebene Grundstück liegt in der Gemeinde Plänitz

und hat laut dem von der Bodenkommission aufge-

stellten Verteilungsplan die Nummer

Der Bauer Johann Nack erhält das Grundstück

schuldenfrei.

Diese Urkunde berechtigt zur Eintragung des
Grundstücks in das Grundbuch.

Plänitz, den 33. 1945 Kreis Ruppini

Der Präsident
J. Reinhold

Der Landrat
Dr. Schulze

Urkunde des Neubauern Johann Nack aus Plänitz, Kreis Ruppini (jetzt Kreis Kyritz).
Original im Besitz der Tochter

neben denen der Verwaltungen, neben dem Pfarrer stehen? Nein, wer es miterlebt hat, fühlte ganz instinktiv, daß die Masse des deutschen Volkes aus den Erlebnissen dieses zweiten grausamen Weltkrieges und aus der Geschichte verstanden hat, um was es heute geht.

Wenn wir – und davon bin ich heute schon fest überzeugt – Ende Oktober dem deutschen Volk und der Welt verkünden können, daß die Neuverteilung des Bodens in nicht einmal zwei Monaten praktisch verwirklicht wurde, dann haben wir damit bewiesen, daß wir nicht nur gewillt, sondern auch fähig sind, unseren neuen deutschen Weg erfolgreich zu beschreiten. Damit wird der erste Schritt, der erste Erfolg zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Welt getan sein.⁽²⁾

Anmerkungen

- 1 Die Provinz Brandenburg wurde erst im Juli 1947 in „Land Brandenburg“ umbenannt. Die am 4. Juli 1945 von der SMA bestätigte Provinzialverwaltung wurde im Dezember 1946 nach den ersten freien demokratischen Wahlen in eine Provinzialregierung umgewandelt. Ab Juli 1947 führt sie dann die Bezeichnung Landesregierung.
- 2 „Tägliche Rundschau“ vom 3. 10. 1945

Das Potsdamer Edikt von 1685

Von Lieselott Enders

Im Jahre 1785 gedachten die Hugenotten und anderen Glaubensflüchtlinge bzw. deren Nachkommen des hundert Jahre zuvor erlassenen Edikts von Potsdam, das den verfolgten und ihres Glaubens wegen Heimat, Familie und oft auch Vermögen verlassenden Calvinisten Aufnahme in den brandenburg-preußischen Landen zu günstigen Bedingungen gewährte. Es waren Privilegien, die sie noch immer von großen Teilen der vor allem rechtlich schlechter gestellten Bevölkerung abhoben, ungeachtet der Tatsache, daß sie immer wieder um deren Einhaltung kämpfen mußten. Das verbrieftete Recht stand auf ihrer Seite. Alle Nachfolger Kurfürst Friedrich Wilhelms hatten das Edikt bestätigt und durch Zusatzbestimmungen erweitert. Erst die Stein-Hardenbergschen Reformen, die den Grund für eine bürgerlich-kapitalistische Staatsordnung legten, hoben 1809 die Sonderrechte der französischen Kolonie auf, im juristischen wie im dialektischen Sinne. Nur

das kirchliche Gemeindeleben war davon vorerst unberührt. Im Verlaufe des 19. Jh. reduzierte es sich auf relativ wenige Parochien, die französisch-reformiert blieben, indessen viele andere sich mit deutsch-reformierten oder lutherischen Gemeinden uniert hatten. Die Erinnerung an die Vergangenheit war verblaßt. Die Hugenotten waren längst Deutsche geworden. Die zweite Säkularfeier im Jahre 1885 weckte ein neues Traditionsbewußtsein und führte zur Gründung von Vereinigungen und Zeitschriften. Die Geschichte der Hugenotten, Orts- und Familiengeschichte wurden seitdem

Chur-Brandenburgisches

EDICT,

Betreffend

Diefenige Rechte / Privilegia und andere
Wolthaten / welche Se. Churf. Durchl. zu Bran-
denburg denen Evangelisch-Reformirten Franzö-
sischer Nation so sich in Ihren Landen nieder-
lassen werden daselbst zu verstaten gnä-
digst entschlossen seyn.

Geben zu Potsdam/ den 29. Octobr. 1685.

Titelblatt des Edikts von Potsdam vom 29. Oktober 1685

zunehmend erforscht. Entstand im Zusammenhang mit der ersten Hundertjahrfeier die mehrbändige Geschichte der Hugenotten von Erman und Réclam¹⁾, so verdanken wir der Zweihundertjahrfeier unter anderem die Geschichte der französisch-reformierten Gemeinden von Eduard Muret,²⁾ ein Standardwerk auch heute noch, um nur eines unter vielen zu nennen, die schon vorher und dann danach, mit und ohne Jubiläumsanlaß entstanden. Die 300. Wiederkehr des Tages, an dem das Potsdamer Edikt erlassen wur-

de, ist uns Heutigen, abgesehen von persönlichen Interessen der Hugenotennachkommen, Gelegenheit, auch dieses Ereignis und seine historischen Auswirkungen in die Besinnung über Tradition und Erbe einzubeziehen, das Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein präzisieren und beleben zu helfen. Dieses Bild schließt die Persönlichkeit des Großen Kurfürsten mit ein, deren Würdigung durchaus noch umstritten ist.³⁾

Das Edikt wurde vermutlich von langer Hand vorbereitet.

Die Calvinisten waren in Frankreich zeit ihres Bestehens Verfolgungen ausgesetzt. Höhepunkt im 16. Jh. war die Pariser Bluthochzeit in der Bartholomäusnacht von 1572. Öffentliche Duldung verschaffte ihnen Heinrich IV. im Jahre 1598 mit dem Edikt von Nantes. Doch die katholische Partei in den herrschenden Klassen Frankreichs gewann im 17. Jh. die Übermacht, und der absolutistische König Ludwig XIV. konnte, obwohl die Hugenotten als königstreu galten, keine von seiner Ideologie und Alleinherrlichkeit abweichende Glaubenslehre in seinem Reiche dulden.⁴⁾ Unterdrückung, Verfolgung, mehrten sich, die Residenten der evangelischen Fürsten Europas in Paris beobachteten das aus nächster Nähe. Die Proteste der Fürsten, auch Kurfürst Friedrich Wilhelms von Brandenburg-Preußen, bewirkten nichts; doch bot man Flüchtlingen Asyl, so in der Schweiz, der Pfalz, in den Niederlanden und in England.⁵⁾ Die erste Kolonie der Refugiés in der Mark Brandenburg bildete sich auf Grund des Einwanderungsedikts von 1661 in Berlin.⁶⁾ Ihr schlossen sich 1672 die Hugenotten an, denen der brandenburgische Oberpräsident Otto Freiherr von Schwerin seine Herrschaft Altlandsberg östlich von Berlin kurz zuvor geöffnet hatte. Die Aufhebung des Toleranzedikts von Nantes lag in der Luft, kam nicht unerwartet und traf nicht Unvorbereitete. Nur so erklärt es sich, daß das Potsdamer Gegen-Edikt bereits kurze Zeit danach verkündet werden konnte. Es galt zunächst der Aufnahme bereits Geflohener, machte aber auch denen Mut, die noch in Frankreich verharren und denen die Flucht nunmehr bei Androhung härtester Strafen verboten war.⁷⁾

Das Edikt von Potsdam war realistisch in Bezug auf die zu erwartenden Siedler wie auf die Vorbedingungen im Lande selbst und das nicht von ungefähr. Die den Refugiés versprochenen Freiheiten stachen weit von der Rechtsstellung eines großen Teils der brandenburg-preußischen Bevölkerung ab. Freijahre gab es auch für deutsche „Neuanbauende“, in der Regel sechs. Den Glaubensflüchtlingen jedoch gewährte man zehn Jahre Befreiung von allen Auflagen, Einquartierungs- und anderen öffentlichen Lasten (mit Ausnahme der Konsumtionsakzise) für den Aufbau wüster Stellen mit dazugehörigen Gärten, Wiesen und Ackerland (später um weitere zehn Jahre halber Abgabefreiheit verlängert), Grundbesitz zu erblichem Eigentum, persönliche Freiheit und Gerichtsstand vor eigenen Koloniegerichten, freie

Wahl des Aufenthaltsortes und damit Freizügigkeit, freies Bürger- und Gewerberecht in den Städten, Befreiung vom Heimfallsrecht des Aufnahmeortes gegenüber Ausländern, Gleichstellung des französischen Adels mit dem einheimischen; außerdem natürlich Freiheit im kirchlichen Gemeindeleben gemäß den reformierten Regeln und Gewohnheiten. Ergänzt wurden diese Privilegien durch weitere, vor allem das der Befreiung von Frondiensten gegen Erlegung eines jährlichen, niedrigen Dienstgeldes.⁸⁾



Kurfürst Friedrich Wilhelm empfängt aus Frankreich geflüchtete Hugenotten (Stich von Chodowicki)

Das alles bedeute die auf einen bestimmten Personenkreis begrenzte, jedoch gesetzlich fixierte Vorwegnahme eines Rechts- und Sozialstatuts', wie er sich gesamtgesellschaftlich erst nach dem Zusammenbruch des ancien régime mit den preußischen Reformen entwickeln konnte. Er stand zum Teil in krassem Gegensatz zu den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Lande und in den Städten sowie zur orthodoxen Intoleranz gegenüber den vom Herrscherhaus geschützten Reformierten und anderen Minderheiten. Am

schwerstwiegenden war sicherlich die kurfürstliche Bestätigung der Leibeigenschaft in „denen Ohrten, da sie introduciret und gebreuchlich“,⁹⁾ zugunsten des gutsherrlichen Adels als Preis für die Steuerbewilligungen von 1653, die der Landesherr zur Reorganisation von Staat und Heer so dringend benötigte. Die Leibeigenschaft der Bauern sollte die wenigen vom Krieg übriggebliebenen an Hof und Gutsherrn binden, die Geflüchteten zurückzwingen und die Abwerbung seitens anderer Gutsherren verhindern, schreckte aber natürlich auch aufbauwillige Zuzügler ab. Das traf auf Grund der Dienstbarkeit der Bürger auch für die Mediatstädte zu.

Die Mark Brandenburg insgesamt hatte unter den Durchmärschen und Kämpfen der verschiedenen Kriegsvölker im Dreißigjährigen Krieg unvorstellbar gelitten. Die Bevölkerungsverluste sind aus den Berichten der Landreiter von 1652, soweit erhalten, zu errechnen.¹⁰⁾ Die Peuplierung des Landes, die Herbeiziehung von Menschen als wichtigster Produktivkraft in Stadt und Land und damit auch als Steuerzahler lag dem Kurfürsten zeit seiner Regierung am Herzen. Durch seine Verbindung zu den Niederlanden von Jugend an kannte er die dortigen Produktionsmethoden und -techniken. Bereits im Jahre 1650 ließ er die vom Krieg besonders stark ruinierten Äm-Chorin und Gramzow-Seehausen in der Uckermark an Holländer verpachten, ließ er hier und in den Ämtern Liebenwalde und Zehdenick leistungsstarke Kolonisten aus Holland und Friesland ansiedeln.¹¹⁾ Das uckermärkische Unternehmen schlug fehl, teils wegen Unfähigkeit der Pächter, teils aber, und das wiegt schwerer, wegen der Abgaben- und Dienstforderungen an die Kolonisten, die das von Haus aus nicht gewohnt waren, die Lasten verweigerten, mit Wegzug drohten und dann auch tatsächlich abwanderten. Mehr Erfolg hatte die aus dem Hause Oranien stammende Kurfürstin Luise Henriette in ihrer Herrschaft Bötzow, nunmehr Oranienburg genannt, in der sie reformierte Kolonisten wirtschaften und siedeln ließ.¹²⁾ Der holländische Admiral Gysels van Lier ließ die Lenzener Elbwische meliorieren und besiedeln; der aus dem Niederrheinischen stammende Jobst Gerhard Freiherr von Hertefeld auf Liebenberg sorgte für die Urbarmachung und Besiedlung großer Teile des Havelbruchs, Landgraf Friedrich von Hessen-Homburg, seit 1662 im Besitz der Herrschaft Neustadt/Dosse, veranlaßte Ähnliches im Dossebruch.¹³⁾ Günstige Bedingungen lockten und hielten die Neusiedler. Doch blieben noch immer weite Teile vor allem der nördlichen Mark Brandenburg verödet, nicht zuletzt auch infolge erneuter Kriegsschäden, die im schwedisch-polnischen Krieg der fünfziger und in den schwedischen Kriegen der siebziger Jahre besonders die an Schwedisch-Pommern angrenzende Uckermark trafen. Die Volkszählung der achtziger Jahre des 17. Jh. in Gestalt des revidierten Kontributionskatasters von 1687/88 weist, soweit erhalten, aus, daß noch 40 Jahre nach dem Ende des Großen Krieges zahl-

reiche Dörfer völlig wüst oder erst teilweise wieder bewohnt waren; in der Uckermark waren erst knapp 29 0/0 aller vor dem Kriege bestehenden Bauern- und Kossätenhöfe wieder besetzt.¹⁴⁾ Ähnliches trifft für die Städte zu.¹⁵⁾

Aufgeschlossenheit für die Not der Glaubensbrüder, ungestillter Bedarf an Menschen und die Erwartung in Belebung und Innovation von Handel und Gewerbe, Landwirtschaft und Manufakturwesen waren die Hauptmotive der Gesetzgebung von 1685; ihre inhaltliche Gestaltung jedoch war das Ergebnis jahrzehntelanger Erfahrungen, der Fehlschläge der fünfziger Jahre wie der bleibenden Erfolge der sechziger und siebziger Jahre, die größeres Entgegenkommen gegenüber den auswärtigen Kolonisten, großzügige finanzielle und materielle Starthilfe einerseits und rechtlich und sozial annehmbare Lebensbedingungen andererseits bewirkten. Interessiert war man in diesem blutarmen Land in erster Linie an wohlhabenden Flüchtlingen, die Vermögen und materielle Werte mitbrachten. Realistisches Toleranzdenken und Wirtschaftssinn hatte bereits 1670 vertriebenen Wiener Juden die Tore Berlins geöffnet.¹⁶⁾ Doch war Vermögen nicht ausschließende Bedingung. Aufgenommen wurden alle, die sich bewarben; denn die Arbeitskraft, technische Fähigkeiten und Erfahrungen zählten ebenso sehr. Aufgenommen wurden natürlich auch die Geistlichen und die Familienangehörigen, also auch Ältere und Kinder. Daher mußte in jedem Falle Geld aus dem Staatsschatz bereitgestellt werden, um die erste Versorgung und Unterkunft zu sichern, sowie Baumaterial zur Errichtung von Häusern und Ausbau von Wohnungen.¹⁷⁾

Das Edikt galt zunächst den französischen Glaubensflüchtlingen, den Hugenotten im engeren Sinne. Es bezog sehr bald alle reformierten Refugiés ein, die sogenannten Pfälzer, die seit den Raubkriegen Ludwigs XIV. in der Pfalz diese ihre erste Zufluchtsstätte verlassen mußten, die Wallonen aus dem französisch besetzten Flandern und dem Hennegau sowie die aus Savoyen und Piemont zunächst in die Schweiz geflohenen Waldenser. Insgesamt wird mit etwa 200 000 Refugierten in Europa gerechnet, davon ließen sich etwa 20 000 in den brandenburg-preußischen Staaten nieder.¹⁸⁾ Ihre Anzahl ist schwer zu schätzen; denn ihre Mobilität war groß. Wer einmal seines Glaubens wegen Land und Leute verließ, war das auch ein zweites oder drittes Mal zu tun bereit, wenn es ihm notwendig erschien. So kamen Hugenotten aus dem Ruppinschen in die Uckermark,¹⁹⁾ zogen Landlose aus der Uckermark nach Pasewalk, suchten Kolonisten eine neue Heimat in Dänemark, als in den ersten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms I. ihre Privilegien in Gefahr sahen.²⁰⁾ Schon um 1710 folgten Hugenotten dem Aufruf, die von Krieg und Pest verödeten Landstriche (Ost) Preußens zu besiedeln, auch wenn sie bereits Haus und Land besaßen.²¹⁾

Die Anzahl von 20 000 Einwanderern mag gering erscheinen, zumal etwa ein viertel davon in Berlin blieb.²²⁾ Weitere 900 verteilten sich auf andere brandenburgische Städte und Orte. Für die Uckermark, das Hauptgebiet der ländlichen Franzosenkolonien in der Mark, wird mit etwa 2000 Personen gerechnet. Gründe gibt es vielerlei. Brandenburg-Preußen war nicht das einzige Aufnahmeland in Europa; es war zudem wirtschaftlich besonders rückständig und arm. Ebendeshalb waren ja die Aufnahmebedingungen besonders günstig. Jedoch: durchsetzen konnte sie der Kurfürst nur in seinem unmittelbaren Machtbereich, gegenüber den Magistraten der Immediatstädte wie Brandenburg, Frankfurt und Müncheberg, in Magdeburg, Halle und Burg, in den Städten der rheinischen Provinzen und in Preußen, sowie in den landesherrlichen Ämtern. Die örtlichen Obrigkeiten im ritterschaftlichen Bereich konnte er nicht zwingen. Diese aber, so notwendig auch sie Arbeitskräfte in den entvölkerten Gutsdörfern brauchten, hatten ja gerade auf die Leibeigenschaft für ihre Untertanen gesetzt, gedachten also nicht, die Privilegien der Hugenotten zu akzeptieren. Daher erklärt es sich, daß, mit Ausnahme des Versuchs von Altlandsberg, des refugierten Gutsherrn von Rheinsberg und der französischen Kolonie zu Tornow bei Hohenfinow, französisch-reformierte Kolonisten ausschließlich in kurfürstlichen und markgräflichen Domänenämtern und Städten ansässig wurden.

Schwergewicht bildete, außer Berlin, die fruchtbare Uckermark.²³⁾ Kolonien entstanden in den Städten Prenzlau, Strasburg und Angermünde sowie in der markgräflichen Herrschaft Schwedt-Vierraden. Französische Bauern übernahmen Hüfner- und Kossätenhöfe in den Ämtern Chorin und Gramzow sowie in der 1685 vom Landesherrn eingezogenen v. d. Schulenburgschen Herrschaft Löcknitz an der Grenze gegen Schwedisch-Vorpommern. Im Bereich des heutigen Bezirks Potsdam wurden einige Dörfer der Ämter Ruppin, Zechlin und Lindow (Braunsberg, Kagar, Kunkelberg, Repente, Zühlen und Wallitz) Zuflucht für Franzosen und Wallonen, seit Ende des 17. Jh. auch für Schweizer Kolonisten. Kolonien entstanden, zum Teil nur kurzlebig und vereinzelt, in Brandenburg/Havel, Neustadt/Dosse und Oranienburg²⁴⁾, Pinnow, Pritzwalk, Rheinsberg und Wittstock sowie auf dem Hammer im Amt Liebenwalde.²⁵⁾ Doch alle diese, quasi in der Diaspora lebend, schlossen sich bald mit den Deutsch-Reformierten zusammen und gingen überhaupt eher in der einheimischen Bevölkerung auf als so geschlossene Kolonien wie in Berlin oder in der Uckermark.

Sehr spät, erst 1723, erwuchs auch eine französische Kolonie in Potsdam.²⁶⁾ Die Bedeutung der Ansiedlung in den Dörfern bestand zunächst im Wiederaufbau wüster Hofstellen und in der Urbarmachung des verwilderten Kulturlandes. In dem Maße, wie die Refugiés Fuß faßten und allmählich Gewinn erzielten, zahlten sie die Vorschüsse zurück und erkaufte weitere



Die Französische Kirche in Potsdam (historische Aufnahme)

Rechte. So erwarben die Strasburger Hugenotten 1703 die 63 Hufen der Stadtfeldmark, die ihnen zur Bestellung zugewiesen waren, durch eine Kapitalzahlung von 4000 Taler als freies Eigentum.²⁷⁾ Neben dem gewöhnlichen Ackerbau betrieben sie vor allem den Anbau von Tabak nebst Tabakspinnerei und -handel.²⁸⁾ In Zeiten starker Konjunktur kamen sie dadurch zu einiger Wohlhabenheit.

In den Städten überwogen in der Regel die für die Hugenotten typischen Gewerbe der Textil- und Lederindustrie, aber auch der Nahrungs- und Genußmittelproduktion. Sie brachten neue Techniken, Maschinen, Materialien mit, verfeinerten die Waren und steigerten, unter anderem durch Einführung des Stücklohns, die Produktivität. Da sie privilegiert waren, konnten sie nicht durch Zunftzwang bedrängt werden; jedoch gab es Boykottversuche. Problematisch war auch die Marktlage. Zu unstabiler Kaufkraft kam mangelndes Konsumbedürfnis. Nicht alle Hugenottenunternehmen florierten, manche gingen wieder ein, z. B. in Brandenburg/Havel,²⁹⁾ während andere Monopolstellung erwarben wie die Spiegelmanufaktur in Neustadt/Dosse.³⁰⁾ Strumpfwirkereien, Hut- und Handschuhmacher, Hersteller und Verarbeiter feiner Seiden- und anderer Stoffe und ähnliche Gewerbe kamen in Blüte, als nicht nur der Hof und die höfische Gesellschaft, sondern auch andere sozial gehobene Klassen und Schichten die eingeführten französischen Gewohnheiten, Manieren und Moden übernommen hatten.

Neuerungen führten die Hugenotten auch im Handel ein. Sie trennten den Geld- vom Warenhandel, betrieben vielfältig Export- und Messegeschäfte und weckten den Bedarf für Kultur- und Modewaren aller Art. In Berlin bestand seit 1692 das bald nachgeahmte „Bureau d'Adresse“, Pfandleihe und Vermittlungsstelle für vielerlei Zwecke.³¹⁾ In den Städten schließlich konzentrierten sich auch die Vertreter der Intelligenz, des Kultur- und Geisteslebens; ein Drittel aller Mitglieder der neuen Akademie der Wissenschaften zu Berlin war Hugenotten. Refugierte Adlige erhielten Beamten- und Offizierstellen; in Prenzlau wurde eigens für sie eine Garnison der Grands Mousquetaires geschaffen.³²⁾

Die Gewöhnung und Anpassung an die neue Umwelt geschah allmählich und keineswegs einseitig. Seit dem Frieden von Rijswijk 1697 wußten die Franzosen, daß eine Heimkehr nicht mehr möglich sei. Ihre Dankbarkeit für Aufnahme, Unterstützung, Privilegierung und Glaubensfreiheit war groß und beständig, konsequent aber auch ihr Bestehen auf den ihnen zugesicherten Rechten. Versuchen der „Frühheingliederung“, d. h. Gleichstellung mit den minderberechtigten deutschen Nachbarn, Eingriffen in ihr Gemeindeleben widersetzen sie sich beharrlich und würdevoll, mitunter radikal. Es gab für sie keinen Grund, auf auch nur einen Vorteil zu verzichten. Für die offensichtlich schlechtere Rechtsstellung der Einheimischen waren nicht sie verantwortlich. Andererseits lebten sie ihrer Konfession gemäß tolerant, waren barmherzig und hilfsbereit auch gegenüber Andersgläubigen, zeichneten sich durch Glaubensstrenge, Fleiß und tiefe Moralität aus.

Verstöße gegen die allzu strengen Regeln der Calvinschen Kirchenzucht kamen freilich in jeder Gemeinde vor, mußten vor dem Presbyterium der Gemeinde („consistoire“) verhandelt und ggf. bestraft werden.

Trink- und Tanzfreudigkeit mit ihren Begleiterscheinungen waren die Haupt Sorgen der Geistlichkeit.³³⁾ War der Besuch von Gasthäusern überhaupt verpönt, so stand er unter Strafe an Sonn- und Feiertagen. Immer neue Edikte mußten von den Kanzeln verlesen werden, kamen schließlich dem Geselligkeitstrieb entgegen, beschränkten das Verdikt auf bestimmte Tageszeiten, am Ende nur noch auf die Zeit des Gottesdienstes.³⁴⁾ Als ebenso sündhaft galten Tanzveranstaltungen und Kartenspiel, sowohl in Gasthäusern wie unter privaten Dächern. Auch hier vermochten sich die Hüter der *Discipline ecclésiastique* auf Dauer nicht durchzusetzen, schon gar nicht gegenüber der Jugend, aber auch nicht bei gesetzten Hausvätern, die durch Veranstaltung von Tanzfesten ihre heiratsfähigen Töchter buchstäblich an den Mann bringen wollten.

Verständigten sich wahrscheinlich am frühesten die Kinder der verschiedenen Nationen beim Spielen miteinander – die Schulen waren, da Gemeindegatsache, ja getrennt –, so taten es alsbald auch die jüngeren und älteren

Leute aus gegebenem Anlaß. Viele Südfranzosen waren ohne Frauen geflüchtet; in vielen Kolonien bestand zunächst Männerüberschuß.³⁵⁾ Sie heirateten deutsche Frauen, reformierte, aber auch lutherische. Französische Witwen ehelichten deutsche Männer, zumal wenn ein Hof zu bewirtschaften war. Es gab Streitfälle in geistlichen und rechtlichen Fragen, über die Erziehung der Kinder aus solchen „Mischehen“, über Erbrechte der Kinder erster Ehe, Wahrnehmung der Kolonieprivilegien durch Deutsche auf „französischen“ Höfen.

Die Koloniegerichte und das Französische Oberdirektorium taten das ihre, um die persönlichen und dinglichen Rechte zu schützen. König und Generaldirektorium respektierten das in der Regel; Gegensätze und Konflikte gab es meist auf der örtlichen Ebene.³⁶⁾ Nur Friedrich Wilhelm I. hatte versucht, die Gemeinderechte nach Gutdünken einzuschränken.³⁷⁾

Geschlossene Kolonien größeren Umfangs wahrten Sprache und Kultur länger als Kolonisten in Mischsiedlungen oder gar in der Diaspora, d. h. einzeln lebend und entfernt von ihrer Kirchengemeinde. Berechnungen ergaben, daß schon die dritte Generation der Refugiés kaum noch französisch sprach oder verstand,³⁸⁾ weshalb in der zweiten Hälfte des 18. Jh. viele Gemeinden darum baten, die Predigten abwechselnd in deutscher Sprache zu halten, damit sie überhaupt Wirkung zeitigen. Das Französische Oberkonsistorium widerstrebte lange Zeit, sicher nicht nur aus Konservatismus, sondern weil die Sprache Ausdruck der Herkunft, Markenzeichen der zu bewahrenden Privilegien war. Die Prediger selbst beherrschten, im Gegensatz zu den Lehrern, in der Regel das Französische als ihnen gemäßes Bildungsgut; sie schrieben die Kirchenregister und -protokolle bis ins 19. Jh. hinein in französischer Sprache. Dabei gingen deutsche Wörter ins Französische ein, z. B. Hufe als „houffe“, Reichstaler als „risdal“, Branntweinbrenner als „brandevinier“. Umgekehrt übernahmen die Deutschen französische Idiome, sprachen und schrieben sie mundgerecht ebenso wie französische Personen- und Ortsnamen, so daß sie heute oft nur schwer zu identifizieren sind.³⁹⁾

Die Franzosen, Wallonen, „Pfälzer“ und Schweizer blieben nicht die einzigen Ausländer in der Mark. Der anhaltende Peuplierungswunsch der Regierung, Toleranz gegenüber oder Solidarität mit Glaubensflüchtlingen und Bedarf an Arbeitskräften öffneten das Land auch während des ganzen 18. Jh. Asylsuchenden. Seit 1732 strömten Salzburger Exulanten in die Mark und nach Preußen. Hüttenindustrie und Gewerfabriken zogen katholische Arbeiter aus Belgien nach Spandau, Zehdenick, Potsdam und Berlin. Die großangelegte Binnenkolonisation Friedrichs II. lockte bäuerliche Siedler und Handwerker aus der Pfalz und Württemberg, Böhmen und Mecklenburg ins Land.⁴⁰⁾ Auch ihnen wurde im landesherrlichen Domanium Erb-

zinsrecht gewährt. Sie mehrten den Grundbestand, das Element relativ freier Bauern. Die Aufklärung setzte sich auf dem Gebiet der Trennung von Rechtsprechung und Verwaltung, wenn auch nur im Domänialbereich, durch Einführung staatlicher Justizämter seit 1770 durch.

Bahnbrechend hatte bei alledem sicher die Sonderstellung der Hugenotten gewirkt. Sie weckte nicht nur verständlichen Neid und Mißgunst der minderberechtigten Nachbarn, sondern aktivierte sie auch zum Kampf um ähnliche Rechte. Nachweislich wurden sie dabei von Hugenotten unterstützt. Der Prenzlauer Pastor Perreault mußte sich wegen „Aufwiegelung“ der Choriner und Gramzower Amtsbauern, die wie die Franzosen statt der Frondienste lieber Dienstgeld zahlen wollten, schon 1736 verantworten; er tat es sehr geschickt.⁴¹⁾

Die historische Bedeutung des Potsdamer Edikts ist weniger quantitativ, an der Zahl der Einwanderer und der Höhe ihres Vermögens zu messen, als an der materiellen und geistigen Kultur im weitesten Sinne, die die aus einem wirtschaftlich und kulturell sehr hochstehenden Land Kommenden importierten und hier produktiv und nachhaltig zur Wirkung brachten. Und es war ein bürgerlich-demokratisches Rechts- und Sozialdenken, das von den Kolonien ausstrahlte und seine Langzeitwirkung nicht verfehlte.

Anmerkungen

- 1 J. P. Erman u. P.C.F. Réclam, Mémoires pour servir à la histoire des Réfugiés français dans les Etats du Roi, Berlin 1782-1800.
- 2 E. Muret, Geschichte der französischen Kolonie in Brandenburg-Preußen unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Gemeinde, Berlin 1885.
- 3 Vgl. u. a. E. Opgenoorth, Friedrich Wilhelm. Der große Kurfürst von Brandenburg, Göttingen 1971/78.
- 4 Vgl. F. Ebrard, Das Flüchtlingsschicksal der Hugenotten in der Sicht unserer Zeit, in: Archiv f. Sippenforschung und alle verwandten Gebiete 28/1967, S. 241 f.
- 5 Siehe u. a. H. Erbe, Die Hugenotten in Deutschland, Essen 1937, S. 21 ff., 257 ff.: Anlage 2.
- 6 S. Jersch-Wenzel, Juden und „Franzosen“ in der Wirtschaft der Raumes Berlin Brandenburg zur Zeit des Merkantilismus, Berlin (-West) 1978 (Einzelveröff. d. Hist. Komm. zu Berlin, Bd. 23), S. 31 f.; 1667 und 1669 weitere Freiheiten.
- 7 Ebrard (s. Anm. 4), S. 244.
- 8 Zentrales Staatsarchiv, Merseburg, Rep. 9, D 8 fasc. 1; Zusammenstellung der wichtigsten Edikte s. bei M. Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernsche Colonisationen, Leipzig 1874, S. 627 ff.
- 9 M. Klinkenborg, Das Archiv der Brandenburgischen Provinzialverwaltung, Bd. 1: Das kurmärkische Ständearchiv, Strausberg (1920), S. 465 (Landtagsrevers von 1653).
- 10 J. Schultze, Die Mark Brandenburg, Bd. 5, Berlin (-West) 1969, S. 14 f.
- 11 Zentrales Staatsarchiv, Merseburg, Rep. 21 Nr. 59 und 183; Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 32 Joachimsthalsches Gymnasium Nr. 769.
- 12 Muret (s. Anm. 2), S. 254 f.; Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 Kurmärk. Kriegs- und Domänenkammer D. 14943.

- 13 Schultze (s. Anm. 10), S. 47 ff
- 14 Ermittelt durch Vergleich mit der Summe der Bauern- und Kossätenhöfe im Jahre 1624 nach rekonstruiertem Schoßkataster.
- 15 Siehe u. a. die Tabelle bei Schultze (s. Anm. 10), S. 106.
- 16 Jersch-Wenzel (s. Anm. 6), S. 26 f., 43 ff; s. auch S. 40 ff.
- 17 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 7 Amt Ruppın Nr. 91: 1686/1688 betrogen die Ausgaben für 23 Franzosen fast 2850 Taler.
- 18 Vgl. Erbe (s. Anm. 5), S. 21 ff., 39; Jersch-Wenzel (s. Anm. 6), S. 29; H. Meermann, Vorboten des Fortschritts. Einwanderung der Hugenotten nach Deutschland, in: Der Deutsche Hugenott 47, 1983, S. 76.
- 19 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 7 Amt Gramzow Nr. 1132; Pr.Br.Rep. 5 C Französisches Koloniergericht zu Strasburg Nr. 3.
- 20 Siehe u. a. H. Du Vinage, Geschichte der französischen Kolonie und der Evangelisch-Reformierten Gemeinde zu Pasewalk, in: Baltische Studien NF 28/1926, S. 69 ff.
- 21 W. Beuleke, Die Hugenottenkolonie zu Strasburg in der Uckermark, Sichte 1982 (Geschichtsbll. des Dt. Hugenotten-Vereins e.V. XVIII. Zehnt, H. 9/10), S. 10; ders., Die Refugiés – eine mobile Bevölkerungsgruppe, in: Der Deutsche Hugenott 48/1984, 1, S. 2–20.
- 22 Muret (s. Anm. 2), S. 313 ff.; R. Béringuier, Die Colonielliste von 1699, Berlin 1888.
- 23 Außer Muret (s. Anm. 2), siehe für das folgende vor allem K. Manoury, Die Geschichte der französisch-reformierten Provinz-Gemeinden, Berlin 1961.
- 24 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 2, D. 14930: Erbpachtvertrag von 1699 mit 8 Refugiés über den Vorwerkstacker zu Oranienburg.
- 25 Pfarrarchiv zu Falkenthal, Kirchenbuch von Neuholland I.
- 26 Manoury (s. Anm. 23), S. 2–20.
- 27 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 5 C (s. Anm. 19), Nr. 4.
- 28 Siehe unter anderem Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 8 Stadt Strasburg Nr. 529; Pr.Br.Rep. 19 Steuerrat Potsdam Nr. 1590 und 1592, Streit mit Tabakhändlern in Brandenburg/H.
- 29 Ebenda Nr. 1679 über die Schönfärberei des Le Cornu.
- 30 Manoury (s. Anm. 23), S. 160 nach Muret, S. 200 ff., 254; Jersch-Wenzel (s. Anm. 6), S. 83.
- 31 Jersch-Wenzel, S. 84 f.
- 32 Zum Einfluß der Hugenotten auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens s. Erbe (s. Anm. 5), S. 66 ff.; zur Bedeutung für die Gewerbepolitik der achtziger Jahre des 17. Jh. s. Opgenoorth (s. Anm. 3), Bd. 2, S. 301 ff.
- 33 Manoury (s. Anm. 23), S. 3, 30 und passim.
- 34 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 5 C (s. Anm. 19), Nr. 7.
- 35 W. Beuleke, Die Südfranzosen in den uckermärkischen Hugenottenkolonien Prenzlau, Potzlow und Strasburg, Sichte 1980 (Geschichtsbll. d. Dt. Hugenotten-Vereins e.V. XVIII, Zehnt, H. 7); ders., Die Hugenottengemeinde Prenzlau, in: Genealogie 14/1965, S. 416 f.
- 36 Manoury (s. Anm. 23), S. 86 ff. und passim.
- 37 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 7 Amt Zechlin Nr. 672 und Nr. 660; Pr.Br.Rep. 2, D. 16441, betr. Braunsberg und Kagar.
- 38 Meermann (s. Anm. 18), S. 78; Pr.Br.Rep. 7 Zechlin Nr. 672.
- 39 Erbe (s. Anm. 5), S. 285 ff.; W. Beuleke, Studien zum uckermärkischen Refuge und zur Stammheimat seiner Mitglieder, in: Genealogie 14/1965, S. 597 ff.
- 40 Immer noch wichtig: Beheim-Schwarzbach (s. Anm. 8).
- 41 Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 2, D. 9939.

Hugenotten (Kolonien) in der Mark Brandenburg im 17./18. Jb.

Angermünde ¹	1687 gegr.	Lychen ¹	18. Jh.
Bagemühl ¹	1687 gegr.	Malchow b. Berlin	1697 gen.
Battin ¹	1688 gegr.	Meichow	1687 gegr.
Beenz b. Prenzlau ¹	1699 gegr.	Melzow ¹	vor 1703 gegr.
Bergholz ¹	1687 gegr.	Müncheberg	1691 gegr.
Altlandsberg	1671 gegr.	Neustadt/Dosse ²	1697 gegr.
Berlin	1661 gegr.	Oranienburg ²	1699 gegr.
Bernau	1699 gegr.	Pankow b. Berlin	1697 gen.
Blankenburg ¹	1700 gen.	Parstein ¹	1687 gegr.
Brandenburg/H. ²	1686 gegr.	Pinnow ²	1690 gen.
Braunsberg ²	vor 1701 gegr.	Plöwen ¹	1687 gegr.
Briest ¹	1687 gegr.	Potsdam ²	1723 gegr.
Brodowin ¹	1690 gegr.	Potzlow ¹	1687 gegr.
Brüssow ¹	1774 gen.	Prenzlau ¹	1687 gegr.
Buchholz ¹ b. Prenzlau	1703 gegr.	Pritzwalk ²	1700 gen.
Buchholz b. Berlin	1688 gegr.	Repente ²	1686 gegr.
Chorin ¹	1699 gegr.	Rheinsberg ²	1686 gegr.
Cottbus	1701 gegr.	Rossow ¹	1687 gegr.
Fahrenwalde ¹	1687 gegr.	Schmargendorf ¹	1688 gegr.
Fergitz ¹	1741 gen.	Schmöllin ¹	1691 gegr.
Frankfurt/O.	1686 gegr.	Schwedt/O. ¹	1686 gegr.
Fredersdorf ¹	1687 gegr.	Seehausen ¹	1726 gegr.
Friedrichsthal ²	1781 gegr.	Spandau	1688 gegr.
Gramzow ¹	1687 gegr.	Stegelitz ¹ (oder Weselitz?)	
Grenz ¹	1686 gegr.	Stendal/Altmark	1688 gegr.
Grimme ¹	1687 gegr.	Strasburg/UM ¹	1691 gegr.
Grünow ¹ b. Prenzlau v.	1697 gegr.	Tornow b. Ebersw.	1704 gegr.
Hammelspring ¹	1701 gegr.	Vierraden ¹	1686 gegr.
Hammer ²	1710 gegr.	Wallitz ²	1686 gegr.
Herzsprung ¹	1690 gegr.	Wallmow ²	1691 gegr.
Kagar ²	1686 gegr.	Wittstock ²	1697 gen.
Köpenick	1685 gegr.	Woddow ¹	1691 gegr.
Kunkelberg ²	1686 gegr.	Zerrenthin ¹	1687 gegr.
Lindenhagen ¹	1697 gegr.	Groß Ziethen ¹	1686 gegr.
Lindow ²	1697 gen.	Klein Ziethen ¹	1686 gegr.
Lüdersdorf ¹	1697 gegr.	Zühlen ²	1686 gegr.

1 = Uckermark;

2 = Bezirk Potsdam;

gegr. = (Kolonie gegründet;

gen. = (Franzosen) genannt.

Rüstungsproduktion und antifaschistischer Widerstandskampf in Genshagen/Ludwigsfelde

Von Gerhard Birk

Die Automobilbauer-Stadt Ludwigsfelde hat in der DDR und weit darüber hinaus einen guten Ruf. Allein dieser Tatbestand läßt es uns leichter fallen, auch auf weniger erfreuliche Phasen der Ortsgeschichte einzugehen. Warum auch sollten die jungen Einwohner unserer Stadt und vor allem die vielen Zugezogenen nicht erfahren, daß sich in Ludwigsfelde vor nicht allzulanger Zeit eine nazistische Rüstungsschmiede, Zwangsarbeitslager und ein Außenkommando des Konzentrationslagers Ravensbrück befunden haben?

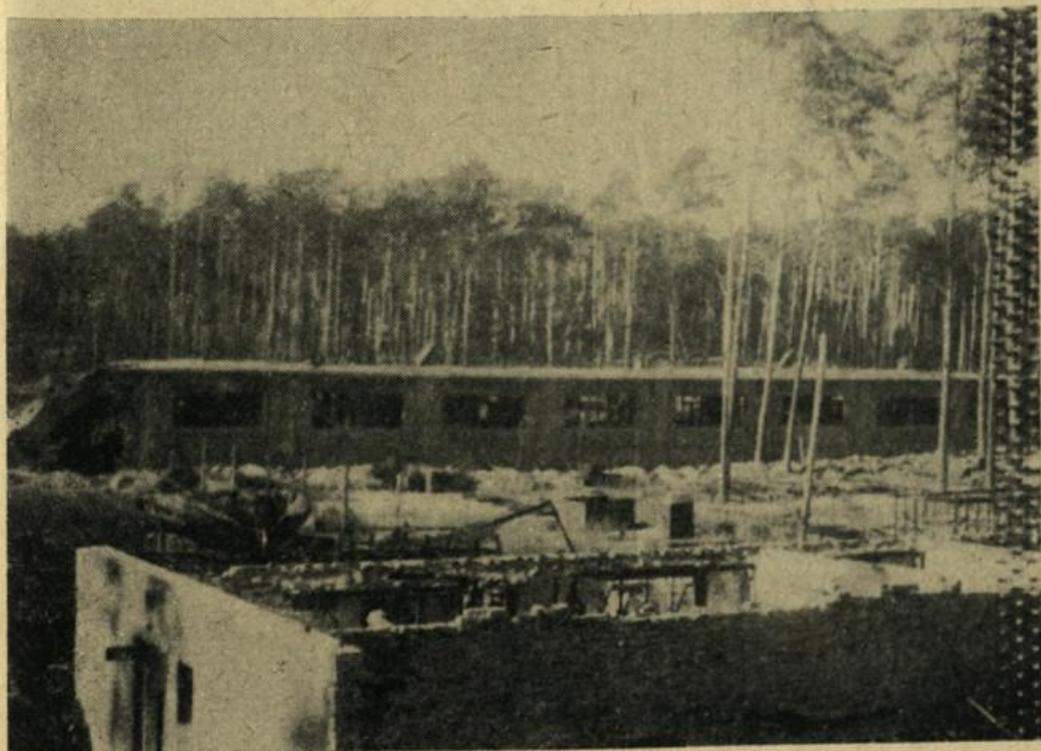
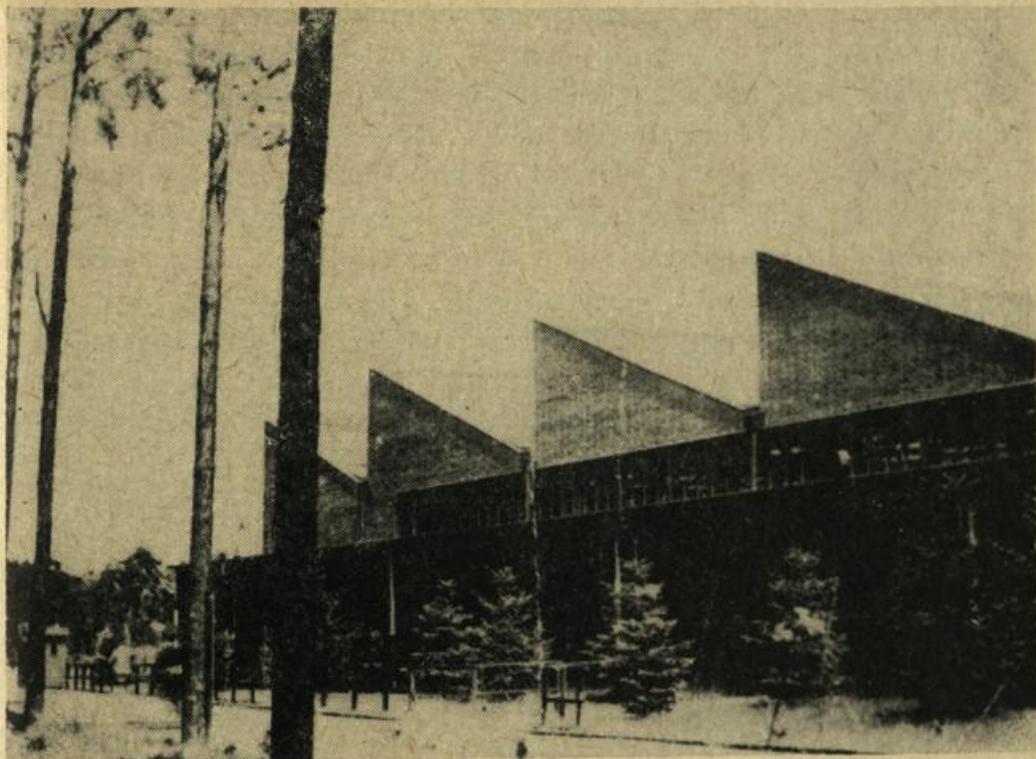
Im 1935/1936 errichteten Daimler-Benz-Flugzeugmotorenwerk in der Genshagener Heide wurden Motoren für Kriegsflugzeuge hergestellt.

Da mit Kriegsbeginn 1939 die Aufträge sprunghaft anstiegen, sahen sich die Konzernherren von Daimler-Benz nach weiteren, vor allem billigen Arbeitskräften um. Sie brauchten nicht lange zu suchen, denn die Nazis hatten eine Vielzahl von Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagern errichtet. Die KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen wurden zum großen Teil für 3,00 bis 6,00 RM pro Tag an die Rüstungsindustrie, so auch an das Daimler-Benz-Werk in der Genshagener Heide, vermietet. Um diese Sklaven der Neuzeit unterzubringen, war in Ludwigsfelde eine ganze Barackenstadt errichtet worden.

Wenn man in alten Statistiken nachblättert, wird Ludwigsfelde für das Jahr 1944 mit etwa 5000 Einwohnern erwähnt. Den ebenfalls nach Tausenden zu zählenden Rest bezog man nicht mit in die Einwohnerzahl ein, da es sich – dem nazistischen Sprachgebrauch entsprechend – um Untermenschen handelte. Was waren das für Menschen?

Es waren vor allem Kriegsgefangene und 1100 Frauen und Mädchen aus dem KZ Ravensbrück. Unter diesen zur „Vernichtung durch Arbeit“ bestimmten Menschen befanden sich neben etwa zehn deutschen Frauen Häftlinge aus den verschiedensten Ländern Europas. Eine dieser Frauen, Friedel Malter, lebt heute in Berlin.

Um in eines der düsteren Kapitel der Ludwigsfelder Geschichte ein wenig mehr Licht zu bringen, baten wir sie um ein Gespräch. Wir lernten eine intelligente, selbstbewußte und bescheidene Frau kennen. Sie ist, wie man sich



Das Motorenwerk von Daimler-Benz. Halle vor dem Luftangriff (oben), zerstörte Reste nach dem Angriff

ausrechnen kann, den Jahren nach nicht mehr die Jüngste, dennoch ist sie jung geblieben. Im folgenden sei nun ein Teil des Gesprächs, das wir am 5. November 1984 führten, wiedergegeben. Uns interessierte vorerst die Frage, wie Friedel Malter ins KZ und schließlich zur Sklavenarbeit nach Ludwigsfelde gekommen ist? Dazu in groben Umrissen die Vorgeschichte: Die Weberin Friedel Malter ist 1933 wegen ihrer illegalen Tätigkeit als Kommunistin – sie ist Frauenleiterin der KPD in Schlesien und KPD-Abgeordnete im Preußischen Landtag gewesen – verhaftet worden. In der fünfjährigen Haft, davon drei Jahre Zuchthaus und zwei Jahre im KZ, lernte sie größte Entwürdigung und alle Tiefen des menschlichen Daseins kennen. Eines Tages im Jahre 1933 erschien der Chef der Gestapo, Heinrich Himmler, im Konzentrationslager Lichtenburg, um einen Teil der sogenannten Langjährigen zu entlassen. Was Himmler als menschliche Geste verstanden wissen wollte, war in Wirklichkeit eine Notlösung, zu der sich die Nazis angesichts des zum Bersten überfüllten KZ Lichtenburg veranlaßt sahen. Zu den Entlassenen gehörte auch Friedel Malter. Sie war fortan bei einem Stundenlohn von 46 Pfennigen in einer Pfefferkuchen- und danach in einer Nudelfabrik tätig. Später arbeitete sie in einer Lotterieannahmestelle.

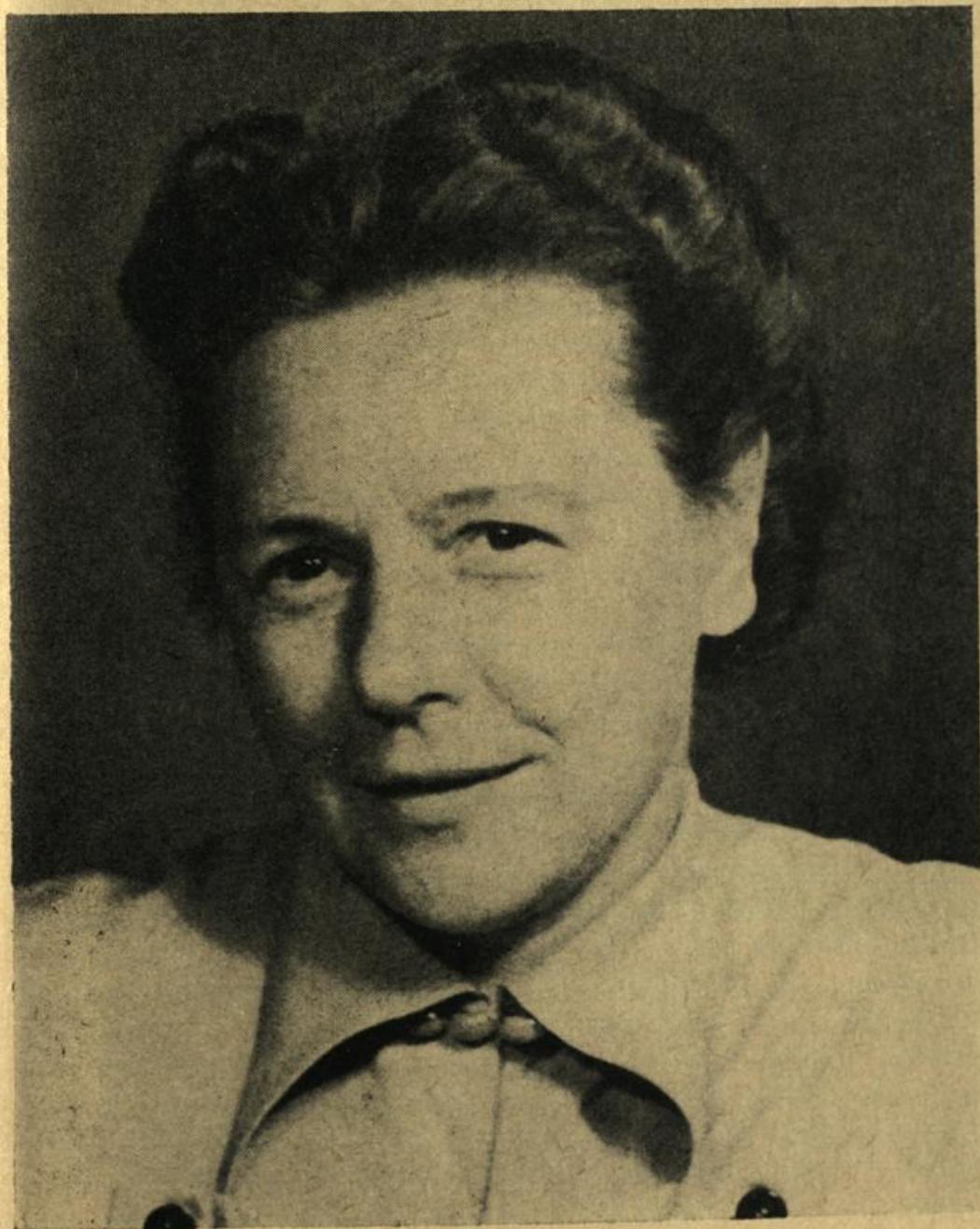
Einen großen Teil ihrer Freizeit nutzte sie, um sich als Kontoristin auszubilden. Obwohl sie unter Polizeiaufsicht stand, gelang es ihr, den Kontakt zur Partei aufrechtzuerhalten.

Am 22. April 1944, dem Tag, an dem die Rote Armee die Grenze des faschistischen Deutschlands überschritt, wurde unter dem Code-Wort Gitter-Aktion eine Verhaftungswelle ausgelöst. Im Zuge dieser Aktion wurden viele Kommunisten, Sozialdemokraten, aber auch viele progressive Christen und bürgerliche Demokraten verhaftet. Unter ihnen befand sich auch die ehemalige Landtagsabgeordnete der KPD, Friedel Malter. Nach mehreren Zwischenstationen kam sie ins KZ Ravensbrück. Hier gehörte sie zu jenen, die preisgünstig an das Auerwerk in Oranienburg, wo Gasmasken hergestellt wurden, vermietet wurde. Am 2. Dezember 1944 wurde sie in das KZ-Außenkommando in der Genshagener Heide gebracht, wo sie in der Daimler-Benz-Rüstungsfabrik Zwangsarbeit verrichten mußte. Das dem KZ Sachsenhausen unterstellte KZ-Außenkommando befand sich ursprünglich in einem Barackenlager außerhalb des Daimler-Benz-Werkes. Die Häftlinge wurden täglich durch den Ort ins Werk getrieben.

Nach dem großen anglo-amerikanischen Bombenangriff auf das Rüstungswerk am 6. August 1944 wurden die Frauen – praktisch als Geiseln – in die Kellerräume der sogenannten Deutschlandhalle verlegt. Bei jedem Fliegeralarm mußten sie damit rechnen, unter den Trümmern der ohnehin schon stark beschädigten Halle begraben zu werden.

Was erlebte Friedel Malter im Daimler-Benz-Werk Genshagen/Ludwigsfelde?

Sie wurde als Schreiberin im Büro des Leiters des KZ-Außenkommandos eingesetzt. Der Kommandoleiter, Oberscharführer Mantzel, drohte ihr, während er mit seiner Pistole spielte: Wenn sie hier konspirieren, erschiesse ich sie wie einen tollen Hund.“ Die Tätigkeit als Schreiberin gab ihr die



Friedel Malter (Aufnahme um 1948)

Möglichkeit, Einsicht über die Verhältnisse im Lager zu bekommen. Friedel Malter erzählt:

Untergebracht waren sie in den niedrigen und dumpfen Luftschutzkellerräumen der getarnten Halle 24, einer gigantischen Montage- und Demontagehalle, die sich zwischen Autobahn und Birkengrund ausdehnte. Die Halle war mit einem elektrisch geladenen Zaun umgeben. An einem Mittelgang, der sich unter der Halle erstreckte, befanden sich viele türlose Räume, in denen die Häftlinge in dreifach übereinander errichteten Holzpritschen schliefen. Ihr Leben spielte sich, wenn man von den Zählappellen absieht, weitgehend zwischen diesen Kellerräumen und der darüber befindlichen Halle ab.

Täglich um 5.30 Uhr wurden die Frauen aus dem Schlaf gerissen. Nach dem Zählappell erhielten sie ein klägliches Frühstück. Es bestand aus 100 g Brot und einer Scheibe Wurst, die bald so dünn war, daß man hindurchschauen konnte. Bei der Wurst handelte es sich um sogenannte „Schwerstarbeiterzulage“, die es nur für die Rüstungsarbeiter- und arbeiterinnen gab. Mit dieser „Sonderration“ sollte angeblich die Arbeitsfähigkeit der Häftlinge erhalten werden. Mittags wurde fast ausschließlich Eintopf aus Kohlrüben und Graupen ausgegeben. Abends gab es Brot und Margarine. Gegen Kriegsende wurde die Verpflegung immer schlechter. Schließlich wurde sogar noch das Salz im Mittagessen eingespart. Die Aufseherinnen, die in der Halle untätig herumstanden, sofern sie nicht gerade die Frauen zur Arbeit antrieben, hatten keine Skrupel, ihr Frühstücksbrot vor den Augen der hungrigen Frauen zu verzehren. Von medizinischer Betreuung konnte keine Rede sein. Unter den Häftlingen befanden sich auch zwei sowjetische Ärztinnen. Bei ihnen handelte es sich um Kriegsgefangene, die im Widerspruch zu den internationalen Abkommen ins KZ gesteckt worden waren. Diese beiden Ärztinnen waren für die Betreuung der Häftlinge zuständig. Da sie aber kaum über Medikamente verfügten, waren ihrer Hilfe Grenzen gesetzt. Es kam häufig zu Unfällen. Manche Frau brach unter der Last der schweren Eisenteile zusammen. Schwerverletzte wurden nicht behandelt.

Man brachte sie nach Ravensbrück zurück, wo sie nachweislich vergast wurden. Diesen Weg mußten viele Häftlinge gehen, denn die Rüstungsindustrie war nur an jenen Arbeitskräften interessiert, die ihr Profit brachten. Friedel Malter gelang es in zwei Fällen, Transportlisten mit den Namen von verstorbenen Kameradinnen zu versehen, wodurch mehrere Frauen dem Tode entgingen. Eine von ihnen war Malerin aus Budapest, zu der sie noch lange Jahre Kontakt hatte. Immer, wenn Frauen aus der Halle 24 starben, wurde der mit der SS vertraglich vereinbarte „Nachschub“ aus Ravensbrück angefordert. Die 1 100 KZ-Frauen mußten als ungelernte Kräfte alle anfallenden Arbeiten verrichten. Mehr gefürchtet als die zumeist qualvolle Arbeit

waren die Zählappelle, die bei Wind und Wetter und selbst bei klirrendem Frost im Freien stattfanden. Sie erstreckten sich manchmal über mehrere Stunden. Fielen Frauen vor Kälte oder vor Entkräftung ohnmächtig zu Boden, wurden sie vom Kommandoleiter als Simulanten beschimpft und häufig mit Fußtrittten traktiert. Für die Überlebenden werden die Worte Daimler-Benz, Genshagen und Ludwigsfelde stets wie ein Fluch klingen. Und sie werden sicher stets aufs neue schmerzlich berührt zusammenzucken, wenn sie von den Aktienkursen, Gewinnausschüttungen und Bestechungsskandalen solcher Konzerne wie Daimler-Benz hören. Daimler-Benz besteht nach wie vor, heute als einer der größten Autoproduzenten der BRD, auch wieder am Rüstungsgeschäft verdienend, fort, als hätte es die Kriegsverbrechen, die Verbrechen an den Zwangsarbeitern und die profitbringenden mörderischen Geschäfte mit der SS nie gegeben.

Daß die Mehrzahl der in Ludwigsfelde/Genshagen schamlos ausgebeuteten Frauen ihren Lebensmut nicht verloren, ist der Hilfe untereinander wie auch der Solidarität klassenbewußter Arbeiter des Werkes zu verdanken. Einige von ihnen suchten nach Möglichkeiten, um mit den Häftlingen Kontakt aufzunehmen. Jean Tinti, ebenfalls Dreher in der Halle 24, schrieb in einem Brief vom 22. März 1964 an Friedel Malter u. a., daß er „das Schreckliche, was die armen, unglücklichen Frauen erleiden mußten, mit angesehen und versucht (habe); so weit es möglich war, zu helfen.“ Des weiteren nahm der in der Halle 24 tätige Genosse Kurt Schneider, der eine Widerstandsgruppe leitete, Kontakt zu Friedel Malter auf und übermittelte ihr laufend neueste Nachrichten, die er von Fronturlaubern, aber auch aus heimlich abgehörten Sendungen des Londoner und Moskauer Rundfunks erfahren hatte. Diese Nachrichten wie auch die Solidarität einzelner Arbeiter gaben den Frauen stets aufs neue Mut zum Weiterleben. Daran konnten auch die Aufseherinnen und der Kommandoleiter nichts ändern, die noch immer vom Endsieg des „Führers“ faselten und an die Ausrottung aller Nazigegner glaubten. Selbst in jenen Tagen, als die Rote Armee begann, den Ring um Berlin zu schließen, hielten sie an ihren Durchhalteparolen fest.

Bei der Weitergabe der Nachrichten über den Frontverlauf war größte Vorsicht geboten, zumal sich unter den Häftlingen auch Kriminelle befanden, die für persönliche Vorteile anderer Häftlinge denunzierten.

Die Nachricht über die näherrückende Front und der damit zu erwartenden Befreiung waren für manche der gequälten Frauen häufig von lebenserhaltender Bedeutung. Die Hoffnung auf die kurz bevorstehende Befreiung konnte auch nicht durch die Drohung der Aufseherinnen getrübt werden, indem sie den Häftlingen wiederholt zuriefen: „Wenn Ihr denkt, die Russen werden euch retten, habt ihr euch geirrt. Vorher geht ihr alle in die Luft!“ Arbeitern des Werkes, die von dieser Absicht erfahren hatten, ge-

lang es, Maßnahmen zur Verhinderung dieses Verbrechens zu treffen. Sie ließen die Frauen wissen, daß sie sich vor der angedrohten Sprengung nicht zu fürchten brauchten.

Schließlich hatte man es sich doch noch anders überlegt und beschlossen, die Häftlinge zu evakuieren. Mitte April 1945, nur wenige Tage vor der Befreiung von Ludwigsfelde, mußten sie antreten, sich entkleiden und die zumeist völlig verschlissenen und verschmutzten Kleidungsstücke auf einen Haufen werfen. Sie wurden mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet. Den Weg ins Feuer nahmen auch alle KZ-Akten des Außenkommandos. In frischer Häftlingskleidung traten die durch die schwere Arbeit und unzureichende Nahrung völlig ausgemergelten Frauen an einem Sonntagmorgen den Marsch in Richtung Sachsenhausen an. In der stark bewachten Kolonne befanden sich einige Plattenwagen, die die Frauen selbst ziehen mußten. Mit diesen Wagen wurden das Gepäck der Aufseherinnen, bald aber auch die vor Erschöpfung zusammengebrochenen Häftlinge transportiert.

Viele Menschen, auch mancher Einwohner von Ludwigsfelde, sahen diesen Elendszug vorüberziehen. Mancher wandte sich ab und versuchte, diesen Anblick zu vergessen oder diesen furchtbaren Eindruck zu verdrängen; andere waren entsetzt und wieder andere machten sich sicher Gedanken oder auch Sorgen über das weitere Schicksal dieser leidgeprüften Frauen. Der Marsch in Richtung Sachsenhausen mußte wegen völliger Erschöpfung vieler Frauen bald unterbrochen werden. Man wählte einen anderen Weg. In Berlin-Zehlendorf wurden die 1 100 Frauen in einen S-Bahn-Sonderzug gepfercht und nach Oranienburg transportiert. Von dort ging es wieder zu Fuß weiter ins KZ Sachsenhausen, wo sie in drei Baracken untergebracht wurden. Jeweils zwei Frauen mußten sich eine Pritsche teilen. Schon nach sechs Tagen, am 20. und 21. April 1945, wurde das KZ geräumt. Es wurden annähernd 70 Kolonnen zu je 500 Personen, darunter jeweils ca. 50 Frauen, zusammengestellt. Da die Bewacher nicht mehr ausreichten, steckten die Nazis Häftlinge mit grünen Winkeln, also Berufsverbrecher, in SS-Uniformen und setzten sie als Bewacher ein. Die Nazi-„Herrenmenschen“ sahen die Schwerverbrecher als ihre letzten Verbündeten an. Dieser Vorgang entbehrt nicht einer tiefen Symbolik. Es begann der mit Leichen gesäumte Todesmarsch. Wer erschöpft zusammenbrach, wurde erschossen. Kolonne um Kolonne wurde nordwärts getrieben. Wie der spätere Sachsenhausen-Kriegsverbrecher-Prozeß ergab, sollten die Häftlinge auf Schiffe verladen und in der Ostsee versenkt werden.

In einem Dorf nahe der Stadt Rheinsberg wurden die Häftlinge in einem Schafstall untergebracht. Am nächsten Morgen ging es weiter. Kurz hinter Rheinsberg tauchte ein Kradmelder der faschistischen Wehrmacht auf und

berichtete, daß die Rote Armee die Straße bereits abgeriegelt habe. Die Kolonne mußte einen anderen Weg nehmen. Bei dem dabei entstandenen Durcheinander konnten einige Häftlinge, darunter Friedel Malter, fliehen. Sie verbergen sich etwa zehn Tage in den Wäldern, bis es zur Gewißheit geworden war: Die Stunde der Freiheit hatte geschlagen. Dank des raschen Vormarsches der Roten Armee konnte der Todesmarsch, eher als von seinen Urhebern vorgesehen, beendet werden. Doch mit der Befreiung waren all die Probleme, die auf das deutsche Volk geladen worden waren, nicht gelöst. Im Gegenteil, gerade auf jene, die unter dem Nazismus am meisten gelitten hatten, kamen schwere Aufgaben zu. Auch Friedel Malter gehörte zu jenen, die sofort bereit waren, Verantwortung zu übernehmen. Sie leitete zunächst fünf Monate das Ernährungsamt von Wittenberge und wurde im September 1945 nach Berlin berufen. Dort übernahm sie im ZK der KPD die Leitung der Abteilung Frauen. Mit Gründung des FDGB wurde sie in die oberste Leitung des geschäftsführenden Vorstandes gewählt. 1950 wurde sie zum Staatssekretär in das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung berufen. Diese Tätigkeit übte sie sechs Jahre lang aus.

Friedel Malter war in den Jahren nach 1945 wiederholt in Ludwigsfelde. Der Vergleich zwischen dem Ludwigsfelde von 1944/45 und von heute bestätigt ihr, daß es sich lohnt, auch in den schwersten Stunden standhaft zu bleiben und immer auf die Kraft der Arbeiterklasse und ihre Partei zu bauen. Sie hat viel Schmach und Erniedrigung erlitten; sie war unter menschenunwürdigen Bedingungen als Sklavin der Neuzeit im Daimler-Benz-Werk in der Genshagener Heide zur Zwangsarbeit gezwungen worden. Die Erfahrungen mit dem Imperialismus im allgemeinen und die schrecklichen Erlebnisse bei Daimler-Benz im speziellen haben ihren Lebenslauf und ihren Klassenstandpunkt zutiefst geprägt. Auch heute als Rentnerin ist sie trotz ihrer über 80 Jahre noch immer politisch aktiv. So ist sie seit 25 Jahren Vorsitzende des DDR-Komitee für Menschenrechte und gehört – neben anderen Funktionen – seit Gründung des FDGB dem Bundesvorstand an.

Friedel Malter genießt hohes Ansehen, das zeigt sich nicht zuletzt auch darin, daß sie Trägerin des Karl-Marx-Ordens und einer Reihe weiterer höchster gesellschaftlicher und staatlicher Auszeichnungen ist.

Was mag in Friedel Malter vorgehen, wenn sie heute von den Bestechungsskandalen in der BRD hört, wenn sie sieht, daß Herren wie Flick und Aktionäre von Daimler-Benz, die ihr und vielen, vielen anderen das Blut aus den Adern gesogen haben und deren Reichtum nicht zuletzt auch der skrupellosen und gnadenlosen Ausbeutung der Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen stammt, Millionen und aber Millionen ausgeben, um ihre Macht und ihren Profit zu sichern? Und was mag in ihr vorgehen, wenn sie liest, daß

humanistisch gesonnene BRD-Bürger, die sich mit der Erforschung der Geschichte von KZ-Außenkommandos befassen, als Nestbeschmutzer verunglimpft und beruflich und gesellschaftlich benachteiligt werden? Zeitgenossen wie sie erwarten mit Recht viel von uns. Wir, die Jüngeren, sollten uns unserer Verantwortung stets bewußt sein, um das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer in Ehren zu erfüllen.

*Slawisch-deutsche Frühgeschichte
vom 9. bis 14. Jahrhundert im Raum
um Jüterbog
Ein Beitrag auf Grund neuer
archäologischer Funde*

Von Hans Dietz und Sven Gustavs

Jutriboc wird zur Zeit König Heinrich I. zum Jahre 1007 in der Chronik Thietmars von Merseburg ohne erläuternde Zusätze erstmals genannt.¹⁾ Der Ort besaß wohl bereits in dieser Zeit eine zentrale Bedeutung für das umliegende slawische Siedlungsgebiet. Diesr Schluß kann aus der Entwicklung des Platzes nach der Eroberung der Zauche durch die Askanier (1157) gezogen werden. Jüterbog, damals bestehend aus dem Burgwall (Jüterbog, Fpl. 3) und vermutlich mindestens einer zugehörigen offenen Siedlung²⁾, wurde nach 1157 durch den Erzbischof von Magdeburg zugleich mit dem zugehörigen Territorium in Besitz genommen.

Burg/Ort und Gebiet erscheinen in den Quellen 1161 als „burgward“, 1174 – die neu entstehende Stadt erhält Magdeburger Recht – als „provincia“, die zu dieser Zeit zugleich einen Archidiakonats des Bistums Brandenburg bildete und auch später kirchlicher Mittelpunkt für die Städte Luckenwalde, Jüterbog, Jessen und 60 Dörfer war, und ab 1185 als „terra“, die sich zwischen Zauche, Teltow, der Herrschaft Baruth und der Lausitz erstreckte, also das Gebiet des Niederen Fläming umfaßte.³⁾

Jüterbog lag an einer rege begangenen Straßenverbindung Magdeburg-Bel-

zig (bzw. Zerst)-Jüterbog-Freesdorf/Liubusua in die Lausitz. Später führte die Straße über Luckau-Cottbus-Forst nach Osten.⁴⁾

Die insgesamt sieben für das Gebiet um Jüterbog im Corpus⁵⁾ nachgewiesenen slawischen Fundstellen – darunter zwei Burgwälle und zwei nicht lokalisierbare Fundplätze⁶⁾, denen noch der bis dahin gleichfalls nicht lokalisierte „Burgwall auf der Haderwiese“ bei Jüterbog⁷⁾ zuzurechnen war – standen zur skizzierten Bedeutung von Jüterbog in so offensichtlichem Mißverhältnis, daß eine Forschungslücke vorliegen mußte. Die von H. Dietz seit 1975 durchgeführte bodendenkmalpflegerische Betreuung des Gebietes durch planmäßige Flurbegehungen hat dies voll bestätigt und für alle ur- und frühgeschichtlichen Perioden neue Fundstellen erbracht. Einen wesentlichen Anteil haben die slawischen, aber auch die frühdeutsch-mittelalterlichen Neufunde.

Auf der Karte (Abb. 1) sind nur fünf slawische Fundplätze nach dem Corpus eingetragen,⁸⁾ die übrigen 25 Fundplätze dieses Zeitabschnittes stellen Neuentdeckungen der letzten zehn Jahre dar. So sind gegenwärtig im dargestellten Gebiet drei Burgwälle, 13 durch Oberflächenbefunde und -funde belegte Siedlungen sowie 14 Plätze mit Besiedlungsaktivitäten begrenzteren Ausmaßes und nur wenigen Funden, insgesamt also 30 slawische Fundstellen nachgewiesen. Im Nahbereich des Burgwalles (Fpl. 3) und an den westlich und nördlich von ihm gelegenen Niederungsrändern konnten – abgesehen von den östlich im heutigen Altstadtgebiet bekannten Siedlungsspuren – keine slawischen Fundstellen lokalisiert werden. In diesem weitgehend von den Außenbezirken Jüterbogs eingenommenen Gebiet ließen sich außer dem nicht lokalisierten Fundplatz „Weinberg“ evtl. noch ein oder zwei weitere annehmen. Der Schwerpunkt der Siedeltätigkeit lag aber nach gegenwärtiger Kenntnis deutlich am Oberlauf der Nuthe im Raum Rohrbeck-Bochow, während drei Fundstellen dem kleinen Burgwall Jüterbog (Fpl. 19) und zwei dem mittelgroßen Burgwall Grüna (Fpl. 1) zugeordnet werden können. Vier der kleinen Fundstellen liegen südöstlich der Jüterboger Siedlungskammer auf der Fläming-Nordabdachung an kleinen Wasserstellen bzw. Tümpeln und stehen wohl mit der Wegeverbindung in die Lausitz, vielleicht auch mit Einzelgehöften oder temporären Aufhalten bei Holzgewinnung, Jagd, Kriegsereignissen oder ähnlichem in Zusammenhang.

Die von J. Herrmann vergeblich angestrebte,⁹⁾ im Januar 1982 durch H. Dietz erreichte Lokalisierung des zweiten Jüterboger Burgwalls kann als verdienter Erfolg beharrlicher Geländearbeit gelten. Die letzten Reste der Anlage (Jüterbog, Fpl. 19. Mbl. 4044, Jüterbog; H 57 62 860; R 45 76 290) (Abb. 3) befinden sich knapp 3 km östlich des „Schloßberges“ (Fpl. 3) mitten in dem stets dafür genannten Gebiet, den heutigen „Bürgerwiesen“. Die

exakte Lagebestimmung der Fundstelle in dem 1979 umgestalteten Niederungsgebiet erfolgte mit Hilfe der Planunterlagen des Meliorationsbetriebes.¹⁰⁾

Es handelt sich um kleine, flache, zum Teil von ringförmigen Einsenkungen umgebene zweigeteilte Geländeerhebung, die auf kleinen Kahlstellen slawische Keramik und auf einem Maulwurfshaufen massiert Holzkohle aus dem Wallrest als Hinweis auf eine Brandkatastrophe erbrachte. Der gesamt-

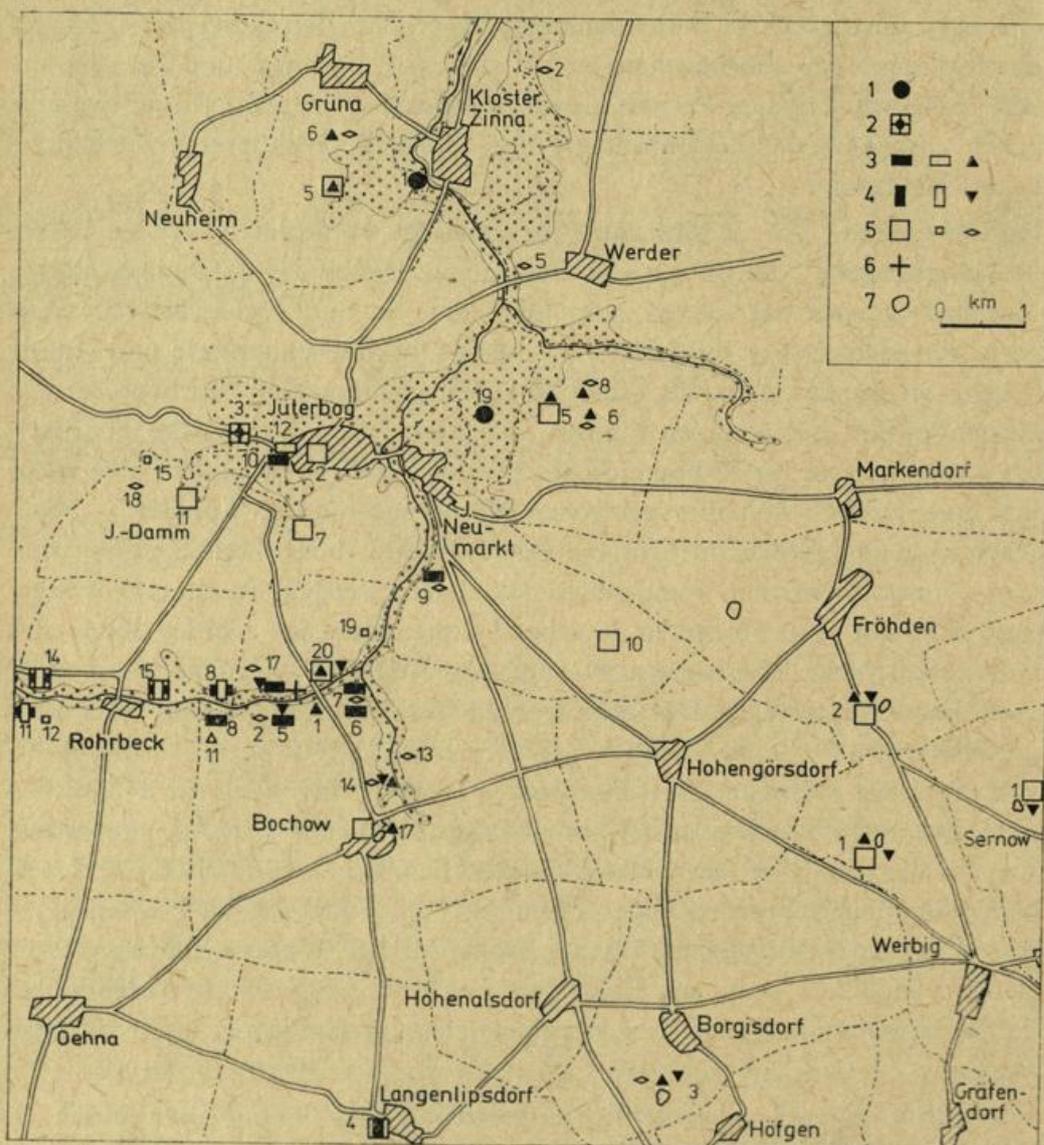


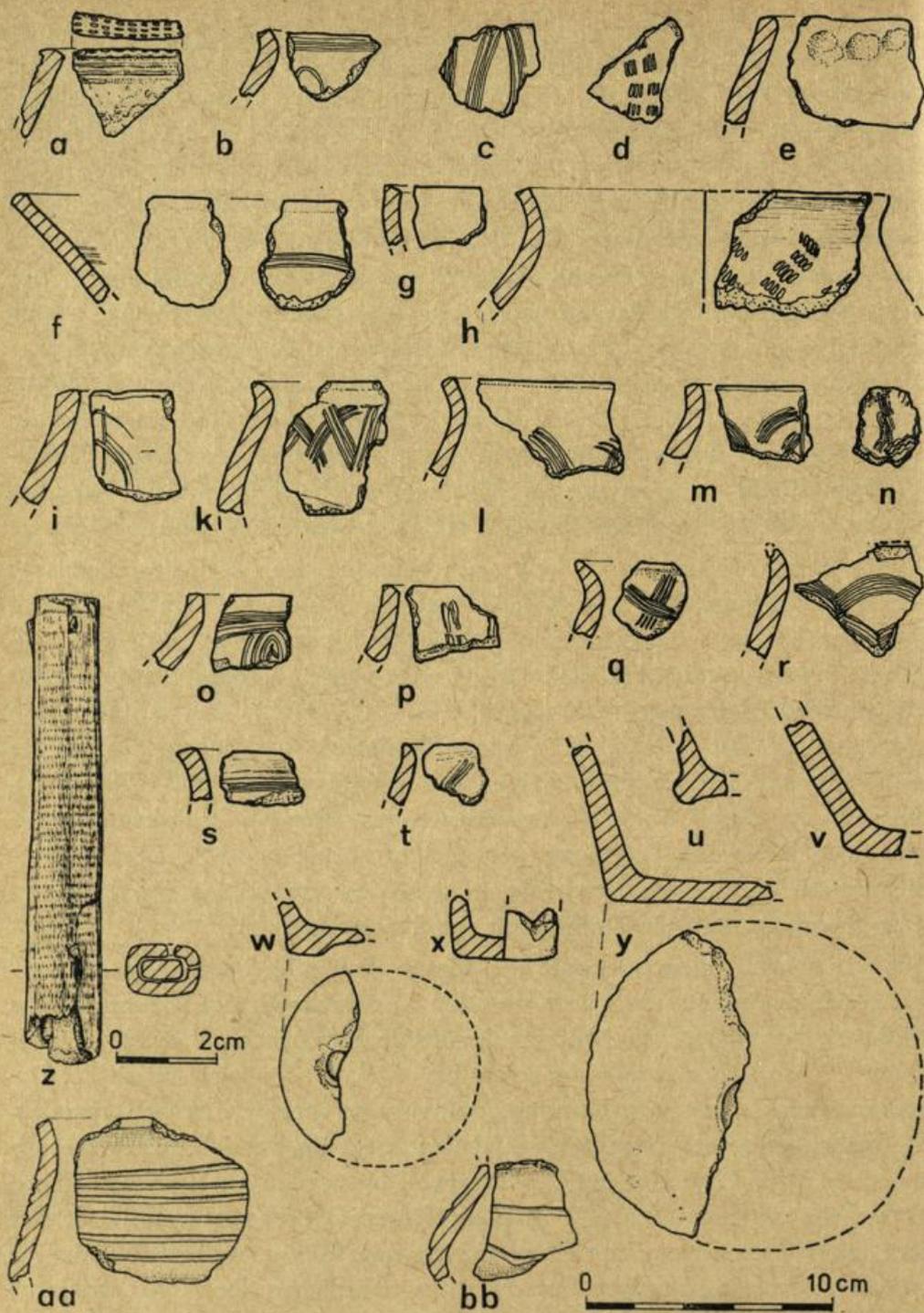
Abb. 1: Slawische und mittelalterliche deutsche Fundstellen um Jüterbog. 1 Altslawischer Burgwall; 2 altslawisch-jungslawisch-mittelalterliche Burg/Befestigung, wahrscheinlich mit offener Siedlung; 3 altslawische Siedlung, sicher, wahrscheinlich/möglich, wenige Scherben; 4 jungslawische Siedlung, Wertigkeiten wie bei 3; 5 frühdeutsch-mittelalterliche Siedlung, Wertigkeiten wie bei 3; 6 slawische Körpergräber; 7 Tümpel

te Ostteil ist sehr stark eingeebnet, im Südteil hat es tiefergreifende Veränderungen durch Erdabfuhr gegeben. An einigen Stellen konnten Bewuchsunterschiede zur Festlegung der Meßpunkte bei der Grobvermessung mit herangezogen werden. Aus der Grundrißskizze (Abb. 4) lassen sich ein Außendurchmesser von 50–60 m und ein Innendurchmesser von ca. 25 m ermitteln. Zwischen der Innenfläche und dem verbliebenen Wallrest liegen max. 0,4 m Höhenunterschied. Die Grabenbreite kann nur mit etwa 10–15 m angenommen werden, während Angaben zur Lage des Zugangs u. ä. nur durch eine Ausgrabung zu gewinnen sind. Eine eventuell zugehörige offene Siedlung kann erst nach dem nächsten Wiesenumbruch gesucht werden. Bisher fanden sich die meisten Scherben unmittelbar im Südwesten der Wallreste, die nach C. Ch. Heffter¹¹⁾ Mitte des vorigen Jahrhunderts immerhin noch 5 Fuß hoch waren, doch könnte es sich dabei auch um bei der Einebnung der Anlage verschlepptes Fundgut handeln. Nach dem Relief der Umgebung wäre eine Vorburgsiedlung auch nordöstlich des Walles möglich.

Innerhalb eines Radius von knapp 2 km befinden sich damit drei slawische Burgwälle (Grüna, Fpl. 1, und Jüterbog, Fpl. 3 und 19), von denen nach bisheriger Kenntnis nur der vermutlich größte bis in die spätslawisch-deutsche Zeit fortbestanden hat, nämlich der auch verkehrsgeographisch offenbar am günstigsten gelegene „Schloßberg“ (Fpl. 3). Infolge der weitgehenden Umgestaltung des Geländes in einen Stadtpark und mangels archäologischer Befunde können nur künftige Untersuchungen Aufschluß über Größe, Aufbau und Entwicklung dieser bedeutenden slawisch-deutschen Befestigung, der Keimzelle Jüterbogs, geben. Durch spätslawische Lesescherben ist inzwischen ein erster bescheidener archäologischer Beleg für die historisch ableitbare zeitliche Kontinuität des Platzes geliefert.

Der zum mittelgroßen Burgwall von Grüna (Innendurchmesser 50–60 m)¹²⁾ gehörende Siedlungsraum wurde von den Zisterziensern des Klosters Zinna in Besitz genommen,¹³⁾ wobei ein unmittelbarer Anschluß durch spätslawische Funde bisher noch nicht belegt ist (Abb. 1). Dagegen brach die Besiedlung der kleinen Burg Jüterbog (Fpl. 19) und ihres Wirtschaftsareals ab. Am östlich gelegenen Niederungsrand liegt zwar im Bereich der drei Fundarmen, in ihrer Lage klar auf den Burgwall bezogenen altslawischen Fundstellen ein mittelalterlicher Wohnplatz (Jüterbog-Neumarkt, Fpl. 5), der aber nur für eine begrenzte Zeit existiert hat. Einige weitere Wüstungen zwischen oder nahe heutigen Ortschaften verdeutlichen den Konzentrationsprozeß nach der Periode der mittelalterlichen Aufsiedlung des Gebietes.

Zu den deutschen Fundplätzen auf der Karte (Abb. 1) ist zu sagen, daß nur durch entsprechende Keramik nachgewiesene Fundstellen eingetragen sind. Für die meisten Dorflagen können aber mittelalterliche Funde ohne weiteres vorausgesetzt werden. Eine planmäßige Ortslagebegehung ist le-



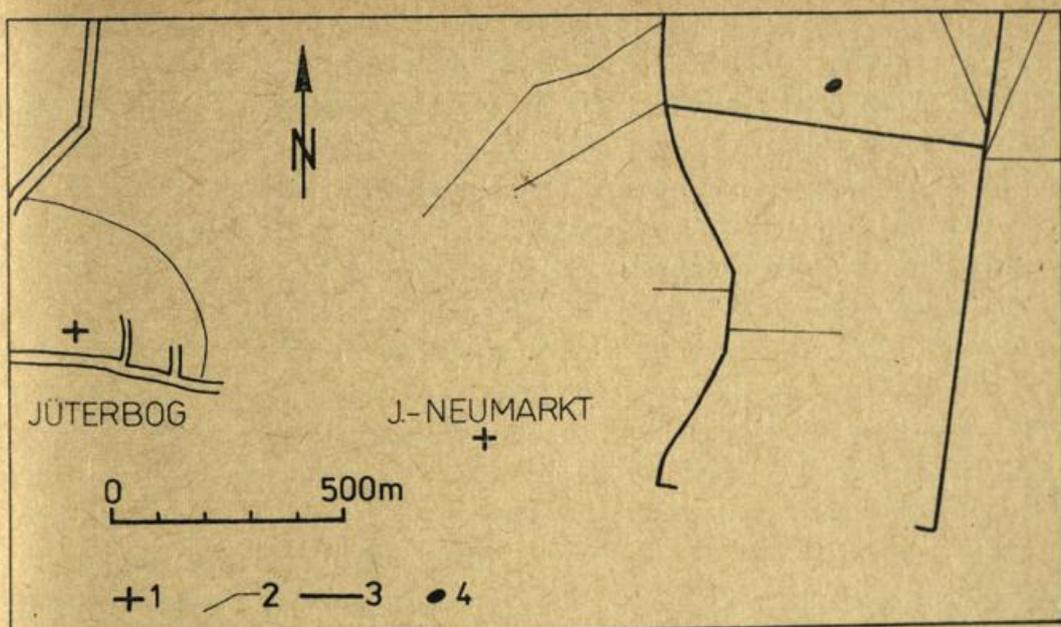


Abb. 3: Jüterbog, Bez. Potsdam. Lage der Burgwallstelle Fpl. 19. 1 Kirche; 2 ehemaliger Graben; 3 Graben; 4 Burgwallrest

diglich in Bochow zur Klärung der Frage durchgeführt worden, ob dieser slawische Dorfname – der einzige nahe der slawischen Siedlungskonzentration um Rohrbeck – auf einen slawischen Vorläuferort zurückgeht. Im nördlichen Nahbereich des Dorfteiches waren nur ca. 10% des bewachsenen bzw. nach Süd mit einer einfachen, nach Nord mit einer doppelten Hofzeile bebauten Geländes überprüfbar und ergaben neben blaugrauer deutscher Keramik wenige unverzierte, möglicherweise slawische Scherben. Außerhalb der Höfe fanden sich nur am östlichen Dorfrand wenige Scherben altslawischen Charakters. Dieses Ergebnis erlaubt vorerst nicht, eine slawische Siedlung als direkten Vorgänger des deutschen Dorfes anzunehmen, läßt aber die Vermutung einer Namensübertragung aus dem Bereich der genannten Fundplatzhäufung zu. Eine gewisse Stütze hierfür bietet vielleicht der Flurname „Lüttgen Bochow“ für die im Nuthebogen gelegenen Ackerflächen. Er könnte ursprünglich eine wenig südlich an der Nuthe gelegene slawische Siedlung bezeichnet haben. Allerdings befindet sich in diesem Bereich auch eine Fundstelle mit blaugrauer mittellalterlicher Keramik (Jüterbog-Damm, Fpl. 20). Hier ist anscheinend zunächst – ähnlich wie bei den westlicher und ebenfalls vorwiegend nördlich der Nuthe gelegenen jungslawisch-deutschen Fundplätzen – eine unmittelbare Fortführung der slawi-

Abb. 2: slawische Funde von Bochow, Fpl. 5 (a-z; a-d von angepflügter Verfärbung z) und Borgisdorf, Fpl. 3 (aa, bb). z Knochen und Eisen

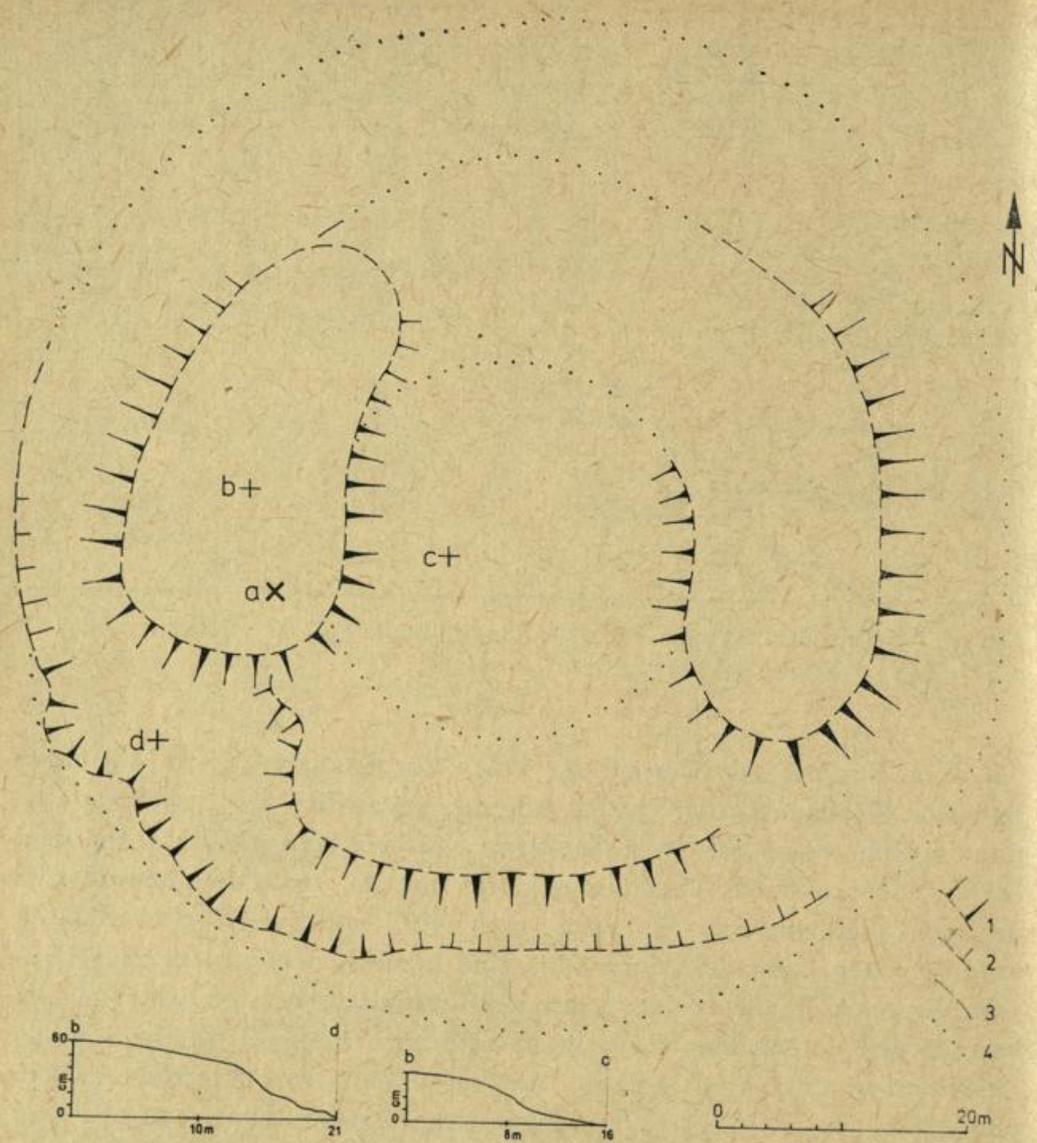


Abb. 4: Jüterbog, Bez. Potsdam, Fpl. 19 Vermessungsskizze der Burgwallstelle Kontur mit deutlicher (1), schwacher (2) und angedeuteter (Bewuchsunterschiede) Höhendifferenz (3) sowie ergänzte Abschnitte (4). a x Holzkohlekonzentration in Maulwurfshaufen

schen Besiedlung gegeben, eventuell teilweise durch Slawen, die bereits deutsche Keramik verwendeten (Lüttgen Bochow = Klein bzw. Wendisch [?] Bochow). Daneben wäre außerdem die Gründung eines weiteren (vorwiegend deutschen?) Bochow durchaus möglich. Nach der Aufgabe von „Lüttgen Bochow“ ist seine Flur später der Gemarkung Jüterbog-Damm angeschlossen worden.

Die im folgenden vorgestellten Lesefunde sollen nur einen ersten allgemeinen Eindruck des neuen Fundmaterials vermitteln. Bei den vom Burgwall

Jüterbog (Fpl. 19) stammenden alt-/mittelslawischen Keramikresten (Abb. 5) handelt es sich um sechs verzierte und vier unverzierte Rand-, 19 verzierte und 75 Wandungsscherben und einen steilen Bodenansatz. Ferner liegen fünf blaugraue Scherben, ein Silexabschlag und 120 g Holzkohle aus dem Wallrest vor. Die slawischen Scherben sind von brauner (Abb. 5c, f, g, m), graubrauner (Abb. 5a, e, h, i), grauer (Abb. 5d, l) sowie dunkelgrauer (Abb. 5k) Farbe und einmal auch altziegelfarben (Abb. 5b). Sie zeigen, wie auch diejenigen von Bochow (Fpl. 5) (Abb. 2b-t), bekannte Motive in Kammstrichtechnik, wie waagerechte und senkrechte Welle, Kassetten-, Tannenzweige- und Tupfenmuster. Die kantigen oder auch rundlichen, gelegentlich innen abgestrichenen Ränder biegen meist kurz aus, sind aber manchmal auch geschwungen oder steil. Auch Böden mit Achseindrücken treten auf. Die zu weniger als 5 % vertretene blaugraue Keramik steht wohl nicht mit einem planmäßigen fortifikatorischen Ausbau der Anlage in Verbindung, sondern ist eher als Niederschlag gelegentlicher Aufenthalte bei der Urbarmachung und Nutzung des umgebenden Areals zu werten.

Auf jenen Fundplätzen, die mehrfach auch von Grubenverfärbungen geborgene spätslawische Oberflächenfunde erbracht haben, dominiert gemäß den für das Gebiet zwischen Elbe und Havel von H. A. Knorr¹⁴⁾ und J. Herrmann¹⁵⁾ getroffenen diesbezüglichen Feststellungen die alt-/mittelslawische Keramik, und zwar so deutlich, daß wegen des Fehlens von gesicherten Grabungsbefunden auf der Karte (Abb. 1) die Signatur „jungslawische Siedlung“ für sie nur in der Wertigkeit „w a r s c h e i n l i c h / m ö g l i c h“ eingesetzt ist, obwohl angesichts der hier abgelaufenen Keramikentwicklung ein geringer jungslawischer Fundniederschlag diesen Zeitabschnitt bereits relativ zuverlässig belegt.

Im Fundmaterial von Bochow (Fpl. 5) ist neben einem schlichten knöchernen Messergriff (Abb. 2, z) besonders eine Randscherbe mit deutlichem Feldbergeinfluß, erkennbar am gewölbten Oberteil, der Randstellung und -verzierung (Abb. 2a) zu nennen, die neben wenigen anderen Scherben (Abb. 2 b-d) von der Verfärbung 23 aufgelesen wurde. Zwar liegt der gesamte Keramikbestand dieser Grube bisher nicht vor, doch deutet der Menkendorf-Charakter der vom Fundplatz vorliegenden Scherben auf einen Zusammenhang mit der späteren, aus nördlicher Richtung bis ins Havel-Spree-Gebiet nachgewiesenen Feldberger Einflußnahme hin. Damit ist die von K. Grebe für den Bezirk Potsdam festgestellte Südverbreitung des Feldberger Typs¹⁶⁾ nunmehr bis an den Flämingsattel am Oberlauf der Nuthe erweitert. Die Scherbe vom Tornower Typ¹⁷⁾ von Borgisdorf (Fpl. 3) (Abb. 2aa) stellt dagegen in Anbetracht des erwähnten Verbindungsweges zur benachbarten Niederlausitz und der von dort nach Nordwesten bis ins Havelgebiet erreichenden Nachweise dieses Typs¹⁸⁾ keine Überraschung dar.

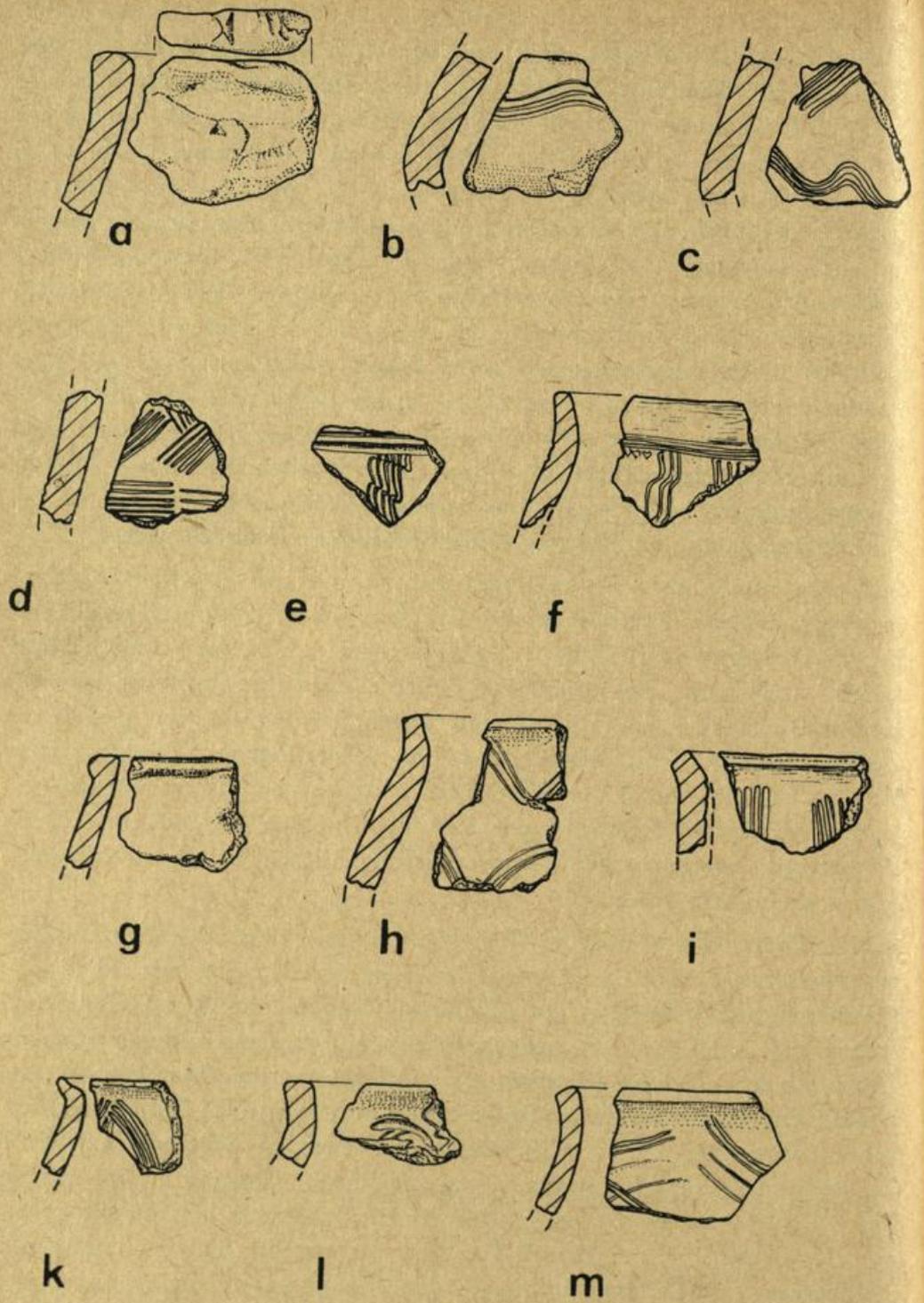


Abb. 5: Jüterbog, Bez. Potsdam, Fpl. 19. Funde von der Burgwallstelle

Au
len
rig
ser
ein
chä
un
gel

An

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Ausgehend von 18 im Kreis Jüterbog nachgewiesenen slawischen Fundstellen¹⁹⁾ – darunter nicht lokalisierte und unsicher datierte – ist nach zehnjähriger stetiger Geländearbeit mit nunmehr insgesamt 44 Nachweisen ein wesentlich verbesserter Stand erreicht worden. Er macht zum einen den mit einfachen Mitteln (Sammeln und Kartieren von Oberflächenfunden) archäologisch erzielbaren siedlungsgeschichtlichen Erkenntniszuwachs deutlich und verspricht zum anderen bei eingehender Fundanalyse über die hier vorgelegten Angaben hinausführende Ergebnisse.

Anmerkungen

- 1 Thietmar von Merseburg. Chronik, VI, 33 (Ausgewählte Quellen zur Geschichte des deutschen Mittelalters. Freiherr vom Stein, Gedächtnisausgabe Band IX). Berlin.
- 2 J. Herrmann, Die vor- und frühgeschichtlichen Burgwälle Groß-Berlins und des Bezirkes Potsdam. Berlin 1960, S. 142, Nr. 103. Dort die ältere Lit. Der Nachweis einer Vorbürgsiedlung ist auf Grund der gegenwärtigen Bebauungs- und Nutzungsverhältnisse bis auf weiteres nicht möglich. Auch Jüterbog, Fpl. 10/12, dürften zur Burg in Beziehung gestanden haben.
- 3 Vgl. G. Heinrich (Hrsg.), Berlin und Brandenburg. Handbuch der historischen Stätten Deutschlands, Bd. 10, Stuttgart 1973, S. 229 ff.
- 4 J. Herrmann, Siedlung, Wirtschaft und gesellschaftliche Verhältnisse der slawischen Stämme zwischen Oder/Neiße und Elbe. Berlin 1968, S. 121 f.
- 5 Corpus archäologischer Quellen zur Frühgeschichte auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (7.–12. Jahrhundert). 3. Lieferung, Berlin 1979.
- 6 Corpus 3, 1979, Nr. 84/4 Gröna, Fpl. 1; 84/6 Jüterbog, Fpl. 3; 84/7 Jüterbog, Fpl. 10; 84/8 Jüterbog, Fpl. 12 (120 m nord-nordöstlich von Fpl. 10); 84/9 Jüterbog „Weinberge“, nicht lokalisiert; 84/10 Langenlipsdorf, Fpl. 4; 84/18 Zinna, nicht lokalisiert.
- 7 J. Herrmann 1960, S. 142 f., Nr. 105.
- 8 Vgl. Anm. 6.
- 9 Vgl. Anm. 7.
- 10 Der Betriebsleitung der Meliorationsgenossenschaft „Obere Nuthe“, Jüterbog, insbesondere Herrn B. Rüdiger, danken wir auch an dieser Stelle sehr herzlich für die freundliche Unterstützung.

- 11 C. Ch. Heffter, Urkundliche Chronik der alten Kreisstadt Jüterbog und ihrer Umgebungen, namentlich des Klosters Zinna, der Fabrikstadt Luckenwalde, der Herrschaft Baruth, der vormaligen Herrschaft Dahme, des Ländchens Beerwalde und auch der Stadt Treuenbrietzen. Jüterbog 1851.
- 12 J. Herrmann 1960, S. 142.
- 13 J. Herrmann 1960, S. 100 f. mit Lit., in der das Anknüpfen dieses Ordens an slawische Vorbesiedlung als vielfach geübte Praxis genannt wird.
- 14 H. A. Knorr, Die slawische Keramik zwischen Elbe und Oder. Leipzig 1937, S. 171.
- 15 J. Herrmann 1960, S. 124 ff., 132, 142, 144, 157 (Burgwälle von Belzig, Buckau, Görzke, Jüterbog (inzwischen mit spätslawischen Neufunden), Luckenwalde, Mörz, Niemeck, Treuenbrietzen, Wiesenburg).
- 16 K. Grebe, Zur frühslawischen Besiedlung des Havelgebietes, in: Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam 10, 1976, S. 191 ff., bes. S. 192, Abb. 16. Südlichste Fundpunkte: Bützer, Kr. Rathenow; Brandenburg; Phöben (fraglich-freundliche Mitteilung von Herrn dipl. phil. K. Grebe) und Potsdam-Römerschanze, Kr. Potsdam; (statt Mittenwalde richtig:) Nächst Neuendorf, Kr. Zossen - Burgwall - (Mitt. K. Grebe); Neuzelle, Kr. Eisenhüttenstadt.
- 17 Form B₅ nach J. Herrmann, Die germanischen und slawischen Siedlungen und das mittelalterliche Dorf von Tornow, Kr. Calau. Berlin 1973, S. 45 f.
- 18 K. Grebe 1976, 193, Abb. 16. Nordlichste Fundpunkte: Lochow, Kr. Rathenow; Ketzin, Kr. Nauen; Berlin-Blankenburg.
- 19 Vgl. Anm. 5, Nr. 84/1 bis 84/18.

Ein „Schutzbrief“ aus Blankenfelde

Von Jan Peters

Der nachfolgend abgedruckte „Schutzbrief“ aus Blankenfelde (Kr.Zossen)¹⁾ ist ein Dokument des zählebigen Volksglaubens. „Abergläubische“ Vorstellungen der hier festgeschriebenen Art spielen in der Geschichte des Denkens eine große Rolle. Ihnen sollte darum in der Heimat- und Regionalgeschichtsforschung, die ja den konkreten Alltagsverhältnissen zugewandt ist, der gebührende Platz eingeräumt werden.

Der Schutzbrief stellt eine schriftlich fixierte, weiterentwickelte und erweiterte Zauberformel dar, die demjenigen, der sie bei sich trug, bestimmte Arten von Schutz gewähren sollte. In unserem Falle handelt es sich um Schutz vor feindlichen Kugeln, vor Gefangennahme, vor Dieben und Mördern, vor Unwetter, Feuer und Wasser, vor Blutverlust und vor Schadenszauber. Der Schutz vor Feinden im Kriege steht hier im Vordergrund, weshalb der Blankenfelder Schutzbrief zur Kategorie der „Soldatenbriefe“ mit ihrem „Kugel-segen“ gehört. Solche Briefe waren besonders im 19. Jahrhundert weit verbreitet. Viele Soldaten trugen sie bei sich, auch noch im ersten und sogar im zweiten Weltkrieg.²⁾

Die Firma Gustav Kühn in Neuruppin und andere Firmen nutzten diesen Volksglauben kommerziell und vertrieben Briefe dieser Art in großer Zahl. Der Verlagsort Neuruppin läßt die Annahme zu, daß sich gerade im Bezirk Potsdam weitere Briefe dieser Art auffinden lassen. Die eigentliche „Wirkung“ der Schutzbriefe hing nach dem Volksglauben davon ab, daß man sie mit der Hand abschrieb. Darum waren den Verdienstmöglichkeiten der Verleger Grenzen gesetzt. Auch unser Brief ist wohl die Abschrift einer gedruckten Vorlage (oder die Abschrift einer Abschrift), wie aus dem letzten Satz geschlossen werden kann.

Das Geschäft mit dem „Aberglauben“ läßt sich so lange betreiben, wie dieser Glaube noch lebt bzw. am Leben erhalten wird. Wo aber der Volksglaube an Boden verlor und die Erkenntnis reifte, daß gegen Kriege und Kugeln nicht formelhaft beschriebenes Papier half, da sind wohl manche überkommene Schutzbriefe in den Ofen gewandert – so sicher auch in der DDR, wo der Volksglaube dieser Art eben nicht am Leben erhalten wird. Jedoch finden sich in unserem Land solche und ähnliche Dokumente vermutlich noch in mancher Schublade für Familienraritäten. Es wäre gut, wenn sie der Forschung zur Verfügung stünden.

Seit Anfang unseres Jahrhunderts sind die Schutzbriefe und verwandte Zeugnisse des Volksglaubens zum Forschungsgegenstand der Volkskunde/

Kulturgeschichte geworden. Eine Anzahl solcher Briefe ist bis heute in meist regionalgeschichtlichen Blättern veröffentlicht worden.³⁾ Zusammen mit vielen anderen überlieferten Dokumenten des Volksglaubens wurden sie seit 1909 in der „Sammlung der deutschen Segen und Beschwörungsformeln“ zusammengefaßt, die erst nach 1945 zu einem umfassenden „Corpus der deutschen Segen und Beschwörungsformeln“ aufgebaut werden konnte. Diese größte deutsche Zauberspruchsammlung (zur Zeit 28 000 Belege) befindet sich heute im Besitz der Akademie der Wissenschaften der DDR.⁴⁾

Die Merkmale unseres Schutzbriefes weisen ihn als zum Typ der „Himmelsbriefe“ gehörend aus. Himmelsbriefe sind ebenfalls allgemeine Schutzbriefe für Mensch und Haus, ihre Besonderheit besteht in der Vorstellung, daß sich göttlicher Wille in schriftlicher Form offenbart habe. Gott selbst oder sein Sohn hätten einen an die Menschen gerichteten Brief verfaßt, den ein Engel zur Erde gebracht habe oder der einfach vom Himmel gefallen sei. Dieses Bild findet sich auch in unserem Schutzbrief, der „vom Himmel gesandt und in Holstein gefunden“ worden sei. Der Himmelsbrief erscheint hier in der Variante des sogen. Holsteiner-Typs. Danach wird sein erstes Erscheinen nach Holstein in das Jahr 1724 verlegt. Der „schreibende Gott“ habe seine Mitteilung nur demjenigen zugänglich gemacht, der den schwebenden Brief abschreiben, nicht etwa ergreifen wollte (weshalb eben nur der abgeschriebene Brief als wirksam galt).

Die Vorstellung vom herniederfallenden oder schwebenden Brief findet sich schon in frühmittelalterlichen europäischen Zeugnissen. (In orientalischen Quellen läßt sich der Himmelsbrief bis weit vor den Beginn unserer Zeitrechnung zurückverfolgen).⁵⁾ Auch andere Merkmale des Schutz- oder Himmelsbriefes gehen auf alte Wurzeln zurück, auf unterschiedliche Formen von Segen und Wortmagie im Volksglauben. Die für den Ursprung des Himmelsbriefes typische Mahnung zur Sonntagsheiligung findet sich auch in unserem Schutzbrief. Mit dem in verschiedenen Varianten ausgesprochenen Kugelschutz ist die Verbindungslinie zum mittelalterlichen „Waffensegen“ gezogen. Auch der „Ölbergspruch“ („So wie Christus im Ölgarten stille stand . . .“) geht auf alte Schutzsprüche gegen Schwerter und Schußwaffen zurück. Ebenso die Buchstabenmagie des sogen. „Grafenamuletts“, also die Erzählung vom Grafen und seinem Knecht, den Zauberbuchstaben vor der Enthauptung schützen. Buchstabenzauber offenbart sich in unserem Brief auch im Lähmen des Schießvermögens von Gewehren, die (wie in dem vorliegenden Brief empfohlen wird) zu diesem Zweck mit bestimmten Buchstaben beschrieben werden sollen.

Überhaupt: Die Vorstellung von der magischen Wirkung von Zeichen, Buchstaben und Worten reicht weit in die feudale Gesellschaft zurück. Im Feudalismus spielte die schriftlich fixierte Zauberformel, die „Verbalmagie“ eine große Rolle. Dabei „verchristlichten“ allmählich die alten Zaubersprüche,

indem sie unter dem Einfluß des Christentums die Form der Segen annahmen.⁶⁾ Der volkstümliche Glaube erschien mit der christlichen Religion im Gemenge, oder genauer: Der „reine Aberglaube“ bediente sich einer christlichen Hülle,⁷⁾ mußte dies wohl auch, weil der erhoffte Schutz durch Magie allein nicht ganz erreichbar schien, jedenfalls nicht ohne göttliche Mit- und Einwirkung im Denken jener vorstellbar war, die die Schutzbriefe bei sich trugen. So mischen sich in den Schutz- und Himmelsbriefen religiöse Ermahnungen, Segensverheißungen und Strafandrohungen mit allerlei magischen Schutzmitteln in Gestalt erweiterter Zauberformeln.⁸⁾ Daß die von feudalen Lasten, Krieg und Krankheit bedrückte und heimgesuchte Bevölkerung auch nach dieser Art von Hilfe griff, daß sie in höchst unsicherer Welt der Sicherheit bedurfte und sie in magischen Formeln gefunden zu haben meinte, verwundert im Grunde nicht. Die im Spätfeudalismus stark ansteigende Zahl der überlieferten Kugel- und Waffensegen zeigt, in wie unsicherer Umwelt das Volk lebte und seinen Glauben entwickelte.

Da in die Schutz- und Himmelsbriefe verschiedene Arten der mittelalterlichen Wortmagie einmündeten, präsentieren sie sich uns als „Segenkompilationen“, als Zusammenstellungen allgemeiner und besonderer Schutzsegen zusammenhangloser Art. Der zum zusammengesetzten Schutzbrief gewandelte, ursprüngliche Himmelsbrief⁹⁾ trägt darum zunehmend „verwilderte“ Züge. Auch der hier abgedruckte Brief weist das Merkmal der Uneinheitlichkeit auf: Segenanhäufungen und erweiterte Zaubersprüche stehen ohne Bezug nebeneinander, wiederholen sich sogar und wechseln die Erzählform.¹⁰⁾ Im Volksglauben war das allerdings verkraftbar, ja ohne Belang, da die Träger oder Benutzer des Zauberbriefes nicht nach Logik fragten, sondern an die schützende Kraft der magischen Worte und Sätze glaubten. Unser Brief ist sogar eine Wiederholung in sich: Er ist zweimal hintereinander mit nur geringfügigen Abweichungen abgeschrieben, offenbar um seine Zauberkraft zu erhöhen. Die fehlende Kundigkeit des Schreibers verursachte so manche Fehler in „entscheidenden“ Passagen. So stimmen selbst die Zauberbuchstaben (Grafenamulett) in den beiden Fassungen nicht überein.

Die Zählebigkeit volkstümlicher Glaubensvorstellungen, das zur Verwilderung der Schutzbriefe führende starre Festhalten an zusammenhanglosen Elementen uralten Schutzzaubers, die unbekümmerte Einkleidung von Beschwörung, Magie und Wortzauber in christliche Formen und die weit verbreitete Aufnahme alles dessen noch im 19. Jahrhundert gibt zu denken. Wenn sich „abergläubische“ Vorstellungen neben und trotz Wissenschaft und wissenschaftlicher Weltanschauung noch lange hielten und in kapitalistisch-kommerzieller Umwelt noch heute oft genug erhalten, um wieviel lebensprägender müssen volkstümliche Glaubensvorstellungen im Alltag des Feudalismus gewirkt haben! Die Heimatgeschichtsforschung wird ohne diesen

Aspekt umso weniger auskommen können, als Wortmagie und Zauberglaube (z. B. Hexenwahn) besonders in spätfеudaler Zeit, in der die Heimatgeschichtsforschung ja einzusetzen pflegt, neuen Auftrieb erfuhren. Die beachtlichen Einnahmen der Verleger von Schutz- und Himmelsbriefen im 19. Jahrhundert läßt die Größe der Aufgabe ahnen, vor die sich die junge Arbeiterbewegung mit ihrer ebenso jungen wissenschaftlichen Weltanschauung gestellt sah.

Der hier zum Druck beförderte Schutzbrief ist eine undatierte Handschrift. Der Schrift nach stammt sie aus der Mitte (oder zweiten Hälfte) des 19. Jahrhunderts. Sie besteht aus acht Blättern und ist mit einem dunklen, grob zurechtgeschnittenen Pappereinband im handlichen, leicht am Körper zu tragenden Format (11 mal 16 cm) versehen. Die beiden nacheinander abgeschriebenen Fassungen enthalten die Verständlichkeit beeinträchtigende sprachliche und orthographische Fehler. Der Abschreiber ist des Schreibens ungewohnt. Ihm unterlaufen Fehler, die vermutlich auch Verständigungsfehler beim Vorlesen des Abzuschreibenden sind. Als Vorlage wurde die erste Fassung gewählt, die buchstabengetreu wiedergegeben wird. Es ist nur die Interpunktion modernisiert worden. Schwer Verständliches ist in Fußnoten gedeutet.¹¹⁾

x x x

Haussegen oder Schutzbrief, die Buchstaben der Gnade

in Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. So wie Khristus im Ölgarten stille stand, so solln alles Geschütz stille stehen. Wer diesen Brief bei sich trägt, den wird nichts Trefen von des Feindes Geschütz, und er wird vor diesen¹⁾ Mörder gesichert sein. Er darf sich nicht früchten vor Degen, Geweren, Pistolen, denn so wie man auf ihnen anschlägt, so müssen durch den Tod und Befreien²⁾ Jesu Christi alle Geschütze stille stehen, ob sichtbar oder unsichtbar. Alles durch den Befehl des Engels Michaelis im Namen Gottes des Waters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Gott sei mit uns. Wer diesen Segen gegen die Feinde bei sich trägt, der wird vor den Feindlicher Kugel geschützt bleiben.

Wer dieses nicht glauben will, der schreibe sich³⁾ ab, hänge ihn einen Hunde um Hals und schiese auf ihn, so wird er sehen, daß der Hund nicht getroffen und daß es wahr ist. Auch wird dergenige, der an ihn glaubt, nicht gefangen genommen werden. So war ist, daß iegust⁴⁾ Kristus auf Erden gewandelt und gen Himmel gefahren ist, so wahr ist es, das ieder, der an diesen Brief glaubt, von allen lige wehren und Wast⁵⁾ in Namen des lebendigen Gottes, des Vaters und Krislichen⁶⁾ Geiste unbeschädigt bleiben soll.

Ich liebe⁷⁾ in Namen unsers Herrn Jesu Kristin Blut, das nich keine Kugel treffen möge, sie sei von Gold, Silber oder Blei. Gott im Himmel halte mich vor allen⁸⁾ frei in Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes.

Dieser Brift ist von Himel gesand und in Holstein gefunden worden [im] Jahre 1724 und schwebt über der Taufe Magdalean.⁹⁾ Wenn man ich¹⁰⁾ aber angreifen wollte, wich er zurück, bis zun Jahre 1791, bis sich jemand mit den gedanken nöberte, ihn abzuschreiben.

Ferner gebietet er, das derjenige, welcher an Sontage arbeitet, von Gott werdand¹¹⁾ ist. Ich geben Euch sechs Tage euer Arbeit fortzusetzen und an Sontage in die Kirche zu gehen, die heilich Predig und Gottes Wort zu hören. Werdet ihr das nicht tubn, so werde ich Euch strafen. Ich gebite Euch, daß ihr des Sontages in die Kirche mit Innig Als andächtigt [für] eure Sünde beten, damit sie Euch vergeben werden. Schwöret nicht boshaftig bei meinen Namen, begeret nich Silber oder gold und sebet nicht auf fleischlichen Lüsten und Begierden, den so bald kan ich euch auch wieder vernichten.¹²⁾ Einer soll dem Anderm nicht Beten¹³⁾ mit der Zunge und sollt nicht falsch gegen eurem Nächten¹⁴⁾ hinter dem Rücken sein. Freuet Euch eures Güter und eures Reichthums nicht. Ebret Water und Mutter. Redet nich falsch zeuchniß wieder Eu[ren] nächten, so gebe ich auch Gesundheit und Segen. Wer aber diesen Brif nicht globt und sich darnach nicht richtet, der wird kein Gluck und Segen haben.

Diesen Brift soll einer den anderm abgeschriben werden [oder] gedruckt zukomen lassen. Und wenn ihr so vil Sünden gehtan hattet als Sand am Meer und Wurner an himmel sind¹⁵⁾, sollen euch vergeben werden, wenn ihr glaubet und thut was dieser Brif euch lert und sagt. Wer aber nicht glaubt, der soll sterben.

Bekeret euch oder ihr werdet ewiglich gepeinich werden, und ich werde euch fragen am jünsten Tage, dem¹⁶⁾ werdet ihr mir Antwort geben müssen wegen eurer vielen Sünden.

Wer diesen Brif im seinen Hause hatt oder bei sich trägt, den wird kein Donerwetter schaden und ihr sollt vor Feuer, Waser und aller Gewalt des Feindes behütet werden. Ein Brif an Jederman, vornehmlich aber für meinn Schleswig Holstein.

Ein Grafe hatte einen Diener, welcher sich für seinen Vater G.G.H. das Haupt abschlagen lassen wollet. Als nun solches geschehen sollte, versagte des Scharfrichter Schwerdt und er konte ihm das Haupt nicht abschlagen. Als der Gruf¹⁷⁾ dieses sah, jagte er den diener, wie es zuginge daß das schwerdt ihm keinen Schaden zufüge, worauf der diener ihm diesem Brif mit den Buchstaben L.J.F.H.L.K.N.K.K.¹⁸⁾ zeigte. Als der Graf dieses sah, befabl er, daß ein Jeder diesen Brift bei sich tragen sollte.

Wenn Jemand [die] Nase Blutet oder sonst blutigen Schaden hatt und das Blut nich stillen kann, so nehme er diesen Brief und lege ihn darauf, so wird er das Blut gleich stillen. Wer dieses nicht glauben will, der schreibe Buchstaben auf einen Degen oder Gewerbr und stelle ihn alsdann an einen bestimmten Ploß¹⁹⁾, so wird er sich nicht werwudern²⁰⁾ können. Auch kan deriege nich bezaubert werden und seine Feinde können ihm [keinen Schaden zufügen].²¹⁾ [Wer] diesen Brief bei sich trägt ist besser als Goll.

L.J.F.K.H.L.K.N.

Neu Ruppin zu haben Bei Gustav Kühn.

Anmerkungen zur Einleitung

- 1 Im Besitz der Familie W. Krüger aus Blankenfelde.
- 2 Adolf Spamer, Romanusbüchlein. Historisch-philologischer Kommentar zu einem deutschen Zauberbuch, bearb. v. Johanna Nickel, Berlin 1958, S. 343 ff.
- 3 Auf Literaturnachweise kann hier verzichtet werden, da es sich in der Regel um einzelne, geographisch weit verstreute Funde handelt. Siehe (jeweils unter „Schutzbrieft“ oder „Himmelsbrieft“) die laufenden Bände der Internationalen volkskundlichen Bibliographie, Bonn.
- 4 Johanna Jaenecke-Nickel, Zauberspruch, in: Deutsche Volksdichtung, Leipzig 1979, S. 220. – Der Autor dankt Frau Dr. Jaenecke-Nickel für viele wichtige Hinweise.
- 5 Maximilian Bittner, Der vom Himmel gefallene Brief Christi in seinen morgenländischen Versionen und Rezensionen. Denkschriften der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. Philos.-histor. Klasse, Bd. 51, Wien 1906, S. 1–234; R. Stübe, Der Himmelsbrief. Ein Beitrag zur allgemeinen Religionsgeschichte, Tübingen 1918, S. 25 ff.
- 6 J. Jaenecke-Nickel, S. 199, 204 f.
- 7 Vgl. jüngst Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 1, Berlin 1980, S. 124 ff.
- 8 R. Stübe, S. 5 f.; Adolf Spamer, Die deutsche Volkskunde, Bd. 2, Leipzig 1935, S. 2; siehe auch Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens, Bd. 7, Berlin/Leipzig 1935/36, Sp. 1385; Bd. 3, Sp. 1111 f.; Bd. 4, Sp. 21 ff., 261, 1006 f.; Bd. 6, Sp. 1246.
- 9 Erste deutschsprachige Fassung der Himmelsbrieft im 15. Jahrhundert. A. Spamer, Die deutsche Volkskunde, Bd. 2, S. 2.
- 10 Vgl. R. Stübe, S. 9 f.
- 11 In der Textbehandlung folgen wir genau der Vorlage, um die Realität der ungelenken Hand, des ungewohnten Abschreibens sichtbar zu machen. Im übrigen stützen wir uns auf die von Johannes Schultze erarbeiteten „Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte“, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 98. Jg. (1962), S. 1–11.

Anmerkungen zum Text des Schutzbriefes

- 1 Vermutlich Abschreibfehler: Dieben und ...
- 2 In der zweiten Fassung: Befehl
- 3 ihn
- 4 Jesus
- 5 Gewehren und Waffen
- 6 Gemeint ist: heiligen
- 7 Gemeint ist: bitte
- 8 von allem
- 9 Magdalena
- 10 ihn
- 11 verdammt
- 12 In der zweiten Fassung: so bald ich euch erschaffen habe, so bald kann ich euch wieder vernichten.
- 13 töten
- 14 nächsten
- 15 In der zweiten Fassung: Sand am Meere, Laub auf den Bäumen und Sturm am Himmel sind.
- 16 dann
- 17 Graf
- 18 In der zweiten Fassung: L.J.F.K.H.L.K.N.K.
- 19 Platz
- 20 verwunden. In der zweiten Fassung: so wird er sich verwundern können.
- 21 So in der zweiten Fassung (hier ausgelassen).

Alte Bauerntagebücher – wichtig neue Quelle

In manchen Haushalten sind sie heute noch zu finden, die Tage- oder Anschreibebücher, die unsere Vorfahren vor hundert, zweihundert oder noch mehr Jahren führten. Sie werden bestenfalls als altes Familienerbstück oder aber achtlos in einem Pappkarton auf dem Boden aufbewahrt. Wie auch immer: Es sind sehr wichtige Quellen für die historische Forschung, die unbedingt bewahrt werden müssen.

Wovon handeln diese Aufzeichnungen? Mit ungelinker Hand, in knapper und oft unsystematischer Form, manchmal über zwei oder drei Generationen hinweg ist das notiert, woran zu denken das Leben selbst gezwungen hat: Aussaat und Ernte, Preise, fällige Löhne für Knecht und Magd, Hof- und Dorfbeschreibung, Dorfnachrichten, Vereinbarungen mit der Herrschaft

über Besitzrechte an Haus und Hof, Wetter und täglicher Arbeitsablauf, Reisen und Besuche, Truppendurchmärsche und Abgabeforderungen, Geburten, Hochzeiten und Sterbefälle in der Familie, Erbschaftssachen, Krankheiten von Mensch und Tier, Hausmittel und Rezepte, Volksglauben und Feste. Natürlich ist nicht immer diese ganze Palette vertreten, manchmal aber reflektiert der Schreiber auch über allgemeine Probleme des Daseins, über Kämpfe und Mühen mehr allgemeiner Art. Dann ist der Wert dieser Quelle umso größer, besonders für die Alltagsgeschichte, Sozialgeschichte und Kulturgeschichte, die ja heute die Aufmerksamkeit der Historiker immer stärker zu fesseln beginnen.

Warum sind eigenhändige Notizen, Berichte und Reflexionen dieser Art eine so wichtige Quelle für die historische Forschung? Weil es sonst kaum Selbstzeugnisse der Werktätigen aus der Vergangenheit gibt. Das „offizielle“ alte Schriftgut sagt nur wenig über das aus, was die Menschen im Alltag wirklich dachten und machten. In den „Hausbüchern“ des 17., 18. und 19. Jahrhunderts aber erfahren wir es unmittelbar und gewinnen so einen direkten Zugang zum Weltbild unserer Vorfahren.

Es ist hohe Zeit, privates Schriftgut der genannten Art für die Forschung zu sichern. Vorbereitungsarbeiten sind darum angelaufen, die den Zweck haben, die alten Tage- und Anschreibebücher von Bauern und Handwerkern vor Zerstörung durch Unachtsamkeit zu schützen, sie zu erfassen und zu registrieren und sie schließlich auch wissenschaftlich auszuwerten. Einige kommentierte bäuerliche Anschreibebücher aus dem 18./19. Jahrhundert werden vom Staatsarchiv Potsdam schon zur Veröffentlichung vorbereitet.

Leider wird wohl nicht jeder, der solche Quellen zu Hause aufbewahrt, bereit sein, die Originale selbst für die Forschung zur Verfügung zu stellen. In solchen Fällen könnten Kopien angefertigt werden. Auf jeden Fall aber sollte das Vorhandensein solcher „Hausbücher“ mitgeteilt werden. Aber wem? Und wem gegebenenfalls auch gegen Entgelt, überlassen? Die örtlichen, nächstgelegenen Museen und Archive oder das Staatsarchiv Potsdam, sind dafür am geeignetsten. An deren Mitarbeiter sollte man sich also wenden. Die zentrale und wissenschaftliche Auswertung der Kopien wird voraussichtlich an der Akademie der Wissenschaften erfolgen.

Darum also dieser Aufruf: Sie, der Sie der Heimatgeschichte verbunden sind, versuchen Sie solche historischen Quellen festzustellen, sprechen Sie mit den Besitzern, helfen Sie, alte Tagebücher von Bauern, Handwerkern u. a. als neue Geschichtsquellen zu bewahren und für die Wissenschaft zu erschließen!

Prof. Dr. Jan Peters
Akademie der Wissenschaften der DDR
Institut für Wirtschaftsgeschichte

Münzen und Medaillen zum Jahrestag des Sieges über den Faschismus und der Befreiung des deutschen Volkes

Von Bernhard Liebe

Die welthistorische Bedeutung des Sieges über den deutschen Faschismus, der den zweiten Weltkrieg in Europa beendet und die Völker Europas, darunter auch das deutsche Volk, von der verbrecherischen Hitlerherrschaft befreite, war und ist für Regierungen und Institutionen Anlaß zur Herausgabe von Münzen und Medaillen. Auch der 40. Jahrestag des Sieges und der Befreiung 1985 wurde zur Herausgabe von Medaillen und Münzen genutzt.

Im Auftrage der Regierung der UdSSR wurde eine 1-Rubel-Münze herausgegeben. Den Sammlern sind viele Medaillen bekannt, in denen das Thema des Großen Vaterländischen Krieges und des Sieges behandelt sind. Hervorragende Bildhauer wie W. Ragaischis, J. Archipowa, W. Dronow und A. Schagin haben dafür die Motive geschaffen.



In der DDR ist seit dem 17. April 1985 eine Gedenkmünze als gesetzliches Zahlungsmittel im Umlauf. Die Entwürfe wurden vom Bildhauer Gerhard Rommel und vom Grafiker Dietrich Dorfstecher gestaltet. Auf der Vor-

derseite trägt sie das Staatswappen der DDR mit der Umschrift DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK 1985 10 MARK.

Auf der Rückseite ist das Ehrenmal in Berlin-Treptow wiedergegeben, dazu die Inschrift: 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus. Die Münze hat einen Durchmesser von 31 Millimetern, eine Masse von 12,0 Gramm und besteht aus einer Neusilberlegierung. (Abb.)



Seit vielen Jahren geben auch Gedenk- und Erinnerungsstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes Medaillen heraus. Vielen Sammlern sind die Medaillen aus Porzellan oder Metall der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück gut bekannt. Seit einer Reihe von Jahren ist auch der Rat der Stadt Brandenburg aktiv bei der Herausgabe von Medaillen, die insbesondere der Befreiung der politischen Gefangenen des faschistischen Zuchthauses Brandenburg-Görden gewidmet sind. Über 2000 antifaschistische Widerstandskämpfer wurden in diesem Zuchthaus mit der Guillotine ermordet – die letzten am 20. April 1945, sieben Tage vor der Befreiung durch die sowjetischen Soldaten. Nach einem Entwurf von Günter Wormbter wurde 1975 eine Medaille herausgegeben, die als Erinnerungsgabe für Ehrengäste und verdiente Persönlichkeiten diente. Auf der Vorderseite sind die Schwerpunkte der Stadt – das Altstädtische Rathaus, die Friedensbrücke, das Stahl- und Walzwerk – dargestellt. Die Rückseite zeigt das Stadtwappen mit der Unterschrift BRANDENBURG HAVEL DDR. Die Medaille ist Messing versilbert und hat einen Durchmesser von 60 Millimeter.

Im gleichen Jahre wurde zum 30. Jahrestag der Befreiung der politischen Häftlinge des Zuchthauses eine Medaille herausgegeben, die Günter Wei-

gelt, Brandenburg, gestaltet. Die Vorderseite zeigt den Augenblick der Öffnung des Zuchthausgitters, aus dem der politische Gefangene nunmehr, befreit durch die Rote Armee, hervortreten kann.

Daneben befindet sich das historische Datum: 27. April 1945. Bei der Kundgebung am Denkmal auf dem Marienberg wurde die Medaille an den Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, übergeben. Bekanntlich war Genosse Honecker selbst als politischer Gefangener im Zuchthaus Brandenburg-Görden eingekerkert.

1980 wurde mit dem gleichen Motiv eine Medaille aus Aluminium als Abzeichen mit einer Tragevorrichtung herausgegeben.

Ebenfalls nach einem Entwurf von Günter Weigelt wurde 1985 eine Medaille herausgegeben, auf der der gemeinsame Kampf der Antifaschisten und der Sowjetsoldaten symbolisch dargestellt wird. Durch die Gitterstäbe hindurch reichen sich der politische Gefangene und der Sowjetsoldat die Hand; in der anderen Hand hält der politische Gefangene steil aufgerichtet einen Karabiner, der Soldat seine Maschinenpistole.

Die im VEB Präwana Markneukirchen hergestellte Medaille hat einen Durchmesser von 60 Millimeter. (Abb.)

Die Mitteilungen über die Medaillen aus Brandenburg vermitteln nur einen ganz geringen Ausschnitt aus einem größeren Vorhaben zur Erfassung aller Medaillen, die in der Stadt und dem Bezirk Potsdam herausgegeben wurden oder Motive unseres Heimatbezirkes zum Inhalt haben. Das Ziel besteht darin, eine Dokumentation der Medaillen unseres Bezirkes zu erarbeiten. Dabei sollen erfaßt werden: Auftraggeber, Auftragnehmer, Ausgabeanlaß, Charakter der Ausgabe, Entwurf von (Name und Anschrift), Medailleur (Name und Anschrift), Material, Auflagenhöhe, Herausgabefahr, Durchmesser, Masse, Beschreibung des Bildmotivs (Foto), Sonstiges. Eine solche Dokumentation wird es den Sammlern erleichtern, erforderliche Angaben zu ermitteln, Medaillen zu identifizieren und die Systematik der Sammlung zu erhöhen.

Bibliographie

Bearbeitet von Dorothee Geßner

Allgemeines

Blätter für Heimatgeschichte/Zentralvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR. – Berlin.

Heft 1. – 1984. – 64 S.

Heft 2. – 1984. – 79 S.

Brandenburgische Literatur: Regionalbibliographie für d. Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam/bearb. von Dorothee Geßner – Potsdam: Wissenschaftl. Allgemeinbibliothek d. Bezirkes Potsdam.

14. Neuerscheinungen der Jahre 1981–82 mit Nachträgen aus früheren Jahren. – 1985. – 206 S.

Gill, Manfred: Ortsgeschichte erforschen und propagieren/ Manfred Gill; Paul Lauerwald; Siegfried Wietstruk. Hrsg.: Kulturbund d. DDR.-Berlin, 1984. – 72 S. – (Heimatgeschichte: Arbeitsmaterial für d. Fachgruppen Heimatgeschichte/Ortschronik d. Gesellschaft für Heimatgeschichte d. DDR; Heft 17)

Gloger, Bruno: Friedrich Wilhelm: Kurfürst von Brandenburg; Biogr. – Berlin: Verlag Neues Leben, 1985. – 375 S.: Ill.

Mittenzwei, Ingrid: Friedrich II. von Preußen: e. Biogr. – 2., überarb. Aufl. – Berlin: Dt. Verlag d. Wissenschaften, 1984. – 253 S.: Ill., 5 Kt.

Mark Brandenburg

Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg/eingel. u. ausgew. von Friedrich Beck, Kurt Finker, Kurt Libera, Hans-Joachim Lippert, Joachim Schulz, Werner Wölk. Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED in Verb. mit ... – Potsdam. Teil 2 1939–1945. – 1985. – 576 S.: Ill.

Bodenfunde und Heimatforschung: Mitt. d. Kulturbundes d. DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksfachausschüsse für Ur- und Frühgesch. d. Bez. Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam. – Potsdam.

Heft 13. – 1984. – 58 S.: Ill.

Brandenburgisches Namenbuch. – Weimar: Böhlau. – (Berliner Beiträge zur Namensforschung.) Teil 5. Die Ortsnamen des Barnim / von Gerhard Schlimpert.

Mit e. siedlungsgesch. Beitr. von R. Barthel. – 1984. – 455 S. (...; Bd. 6)

Menzel, Walter: Die Brandenburgische Städtebahn. – 1. Aufl. – Berlin: Transpress, 1984. – 184 S.: Ill. – (Transpress-Verkehrsgeschichte)

Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam / hrsg. von Bernhard Gramsch. – Berlin: Deutscher Verlag d. Wissenschaften. Band 18. – 1984. – 252 S.: Ill. & 8 Beil.

Bezirk Potsdam

Kreschel, Katharina: Stromauf & stromab: zur Geschichte d. Havel-schif-fahrt; Ausstellung 1982/83 Museum Brandenburg / Katharina Kreschel; Ulrich Buchholz. Hrsg.: Museum Brandenburg. – Brandenburg, 1984. – 52 S.: Ill.

Malerei, Grafik, Plastik: Kunstaussstellung d. Bezirkes Potsdam 1984; Ausstellung veranstaltet vom VBK/DDR Bezirksverband u. d. Rat d. Bezirkes Potsdam 30. Sept. bis 4. Nov. 1984/Einf.: Wally Poltiniak. – Potsdam, 1984. – 116 S.: Ill. & Ausstellungsverz.

Der 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes: e. Material für d. Grundorganisationen d. SED (Bez. Potsdam) / Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED, Abt. Agit./Prop. – Potsdam, 1985. – 27 S.

Potsdam – Stadt und Kreis

Arlt, Klaus: Der Bornstedter Friedhof in Potsdam: e. Verz. d. Grabstätten bedeutender historischer Persönlichkeiten vom 17. bis 20. Jahrh. / Red.: Hans-Joachim Giersberg. Hrsg. vom Bezirksvorstand Potsdam d. Ges. für Denkmalpflege im Kulturbund d. DDR. – Potsdam, 1984. – 27 S.: Ill. – (Mitteilungen der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR, Bezirksvorstand Potsdam; 6/1984)

Denkmale des Kreises Potsdam / Detlef Heuts ... Hrsg. vom Rat d. Kreises Potsdam, Abt. Kultur. – 1. Aufl. – Potsdam, 1984. – 56 S.: Ill.

Gallinat, Hans: Zeittafel zur Entwicklung des VEB Maschinenbau „Karl Marx“ Potsdam-Babelsberg: 1945–1983 / Hrsg.: Betriebsparteiorg. d. SED. – Potsdam-Babelsberg, 1984. – 26 S.

- Gertler, Carljürgen: Die Nikolaikirche zu Potsdam. – 1. Aufl. – Berlin: Union-Verlag, 1984. – 30 S.: Ill. – (Das christliche Denkmal; Heft 123)
- Giersberg, Hans-Joachim: Potsdamer Veduten: Stadt- u. Landschaftsansichten vom 17. bis 20. Jh. / Hans-Joachim Giersberg, Adelheid Schendel. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – 3., unveränd. Aufl. – Potsdam, 1984. – 166 S. Ill.
- Hamann, Heinrich: Der Park Babelsberg / hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1984. – 48 S.: Ill.
- Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst / Hrsg.: Staatl. Archivverwaltung d. DDR; Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – 1. Aufl. – Leipzig: Brockhaus-Verlag, 1984. – 208 S.: Ill.
- Potsdam-Literatur / Bearb.: Dorothee Geßner. Hrsg.: Wissenschaftl. Allgemeinbibliothek d. Bezirkes Potsdam. – 4., veränd. Ausg. – Potsdam, 1983. – 14 S. – (Literatur für Sie; 2/1983)
- Protokollband der Konferenz zur Geschichte der Stadt Potsdam zum Thema „Potsdam / Erbe, Tradition und sozialistische Gegenwart“ am 15./16. Mai 1984 in Potsdam / Hrsg.: Pädag. Hochschule Potsdam – Potsdam, 1984. – 232 S. – (Schriften zur Traditionspflege)
- Ruinen mahnen: künstlerische Zeugnisse d. Zerstörung Potsdams im April 1945; Ausstellung d. Potsdam-Museums u. d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci im Pavillon auf d. Freundschaftsinsel vom 13. April bis 12. Mai 1985. – Potsdam, 1985. – 24 S.: Ill.
- Sachse, Rudolf: Der Grottenaal im Neuen Palais / Rudolf Sachse; Georg Rohde. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1984. – 68 S. Ill.
- Sanssouci: Schlösser, Gärten, Kunstwerke / bearb. von e. Autorenkoll. u. d. Leitung von Hans-Joachim Giersberg. Hrsg.: Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – 12., erw. u. verb. Aufl. – Potsdam, 1984. – 134 S.: Ill.
- Wolf, Heinz: Betriebsgeschichte des VEB DEFA Studio für Spielfilme in Bildern 1945 bis 1953 / Hrsg.: BPO d. SED im VEB DEFA Studio für Spielfilme. – Potsdam-Babelsberg, 1984. – 181 S.: Ill.

Einzelne Kreise

Aus der Geschichte des Kreises Gransee / Hrsg.: Komm. zur Erforschung d. Gesch. d. örtl. Arbeiterbewegung bei d. Kreisleitung Gransee d. SED. - Gransee.

Folge 1. - 1984. - 51 S.

Folge 2. - 1984. - 48 S.

Belziger Heimatkalender: Kreis Belzig / Rat d. Kreises Belzig, Abt. Kultur. - Belzig. 1985. - 1984. - 56 S.: Ill.

Bogedain, Bernhard: Revolutionäre Gedenkstätten in Brandenburg / Bernhard Bogedain; Klaus Heß. Hrsg.: Kreisleitung Brandenburg d. SED, Komm. zur Erforschung d. Gesch. d. örtl. Arbeiterbewegung. - Brandenburg, 1985. - 96 S.: Ill. (Kreisgebiet)

Brandenburger Blätter: Beiträge zur Regionalgeschichte d. Brandenburger Havellandes / hrsg. von Günter Mangelsdorf im Auftrag d. Museums Brandenburg (Havel). Band 4. - 1983. - 96 S.: Ill.

Freunde für immer: Geschichten aus vier Jahrzehnten dt.-sowj. Freundschaft in unserem Kreis / Hrsg.: SED-Kreisleitung Neuruppin. - Neuruppin, 1985. - 51 S.: Ill. - (Revolutionäre Traditionen - lebendige Geschichte; 4)

Heimatkalender für den Kreis Zossen / Hrsg.: Rat d. Kreises Zossen, Abt. Kultur.-Zossen. Jg. 28. 1985. - 1984. - 96 S.: Ill.

Rathenower Heimatkalender: Beiträge zur Heimatkunde des westlichen Havellandes / Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Rathenow. - Rathenow. Jg. 29. 1985. - 1984. - 96 S.: Ill.

Rathenower Wanderbuch / Red.: Albrecht Brommauer. Autoren: Heinz Kirschnick; Günter Mangelsdorf; Rainer Raute; Willi Schulz. Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Rathenow. - Rathenow, 1984. - 64 S.: Ill.

Wanderungen durch den Kreis Nauen: natur- u. heimatgeschichtl. Betrachtungen / hrsg. vom Kulturbund d. DDR, Kreis Nauen ... - Nauen. 3. - 1984. - 72 S.: Ill. & 1 Kt.

Wiborny, W.: Kreismuseum Oranienburg / Hrsg.: Kreismuseum. - Oranienburg, 1984. - 15 S.: Ill.

Einzelne Orte

Blütenstadt Werder/Havel: heimatgeschichtl. Beiträge / Hrsg.: Rat d. Kreises Potsdam, Abt. Kultur ... - Werder/H. 1984. - 1984. - 68 S.: Ill.

Brandes, Heino: Börnicke im Osthavelland: e. dokumentarischer Bericht / hrsg. vom Rat d. Kreises Nauen, Abt. Kultur in Verb. mit d. Kreiskomitee Antifaschist. Widerstandskämpfer ... - Nauen, 1985. - 39 S. - (Betr. Konzentrationslager Börnicke)

Giersberg, Hans-Joachim: Potsdam / Hans-Joachim Giersberg; Hartmut Knitter. - 4. Aufl. - Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1984. - 160 S.: Ill., Kt., 20 Kt.-S. - (Tourist-Stadtführer-Atlas; 2)

Heller, Gisela: Potsdamer Geschichte. - 1. Aufl. - Berlin: Verlag der Nation, 1984. - 512 S.: Ill.

1285 (Zwölfhundertfünfundachtzig) - 1985: 700 Jahre Meyenburg / Red.: Ernst Witte ... Hrsg.: Rat d. Stadt Meyenburg. - Meyenburg, 1985. - 52 S.: Ill.

Bearbeiter: Dorothee Geßner

Autoren des Heftes 4/1985

Bernhard Bechler, Parteiveteran, Kleinmachnow

Dr. Gerhard Birk, Ludwigsfelde, Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR

Hans Dietz, Jüterbog, ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger im Kreis Jüterbog

Dr. Lieselott Enders, Potsdam, Mitglied der Bezirksleitung des Kulturbundes der DDR, Staatsarchiv Potsdam

Dorothee Geßner, Potsdam, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam

Sven Gustavs, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Rosemarie Heise, Leiterin der Historischen Gedenkstätte Cecilienhof, Potsdam

Bernhard Liebe, Jurist/Rentner, Mitglied der Fachgruppe Numismatik, Potsdam

Prof. Dr. Jan Peters, Blankenfelde, Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR